

NICHTRAUCHER 2

ZEITUNG 2019



Wichtige Informationen für Nichtraucher und abgewöhnungswillige Raucher

Aktiv seit 1975 (!) • Auflage 2.500 • € 2,50 • erscheint vierteljährlich

Zurück an: Thomas-Riss-Weg 10, 6020 Innsbruck **!** Kein Interesse? Bitte dies auf dem Adressenschild vermerken und in den nächsten Postkasten werfen (unfrankiert und ohne Kuvert)! Werben Sie nach Möglichkeit weitere Mitglieder! Danke!

Sammeln: Die Nichtraucher-Zeitung (NRZ) eignet sich sehr gut zum Sammeln. Wichtig für Lehrer, Schüler, Eltern und alle am Nichtraucherschutz Interessierten. Die Informationsfülle in so kompakter Form ist einzigartig! Manchmal blättere ich in vergangenen Ausgaben und denke, gut, dass diese hochinteressanten Artikel in der NRZ zusammengefasst sind. Andererseits wundert mich, dass bei dieser erdrückenden Faktenlage das Rauchen überhaupt noch ein Thema ist. Wir brauchen dringend eine stärkere Verbreitung der NRZ und aktive Nichtraucher, die uns mit 25,- Euro/Jahr unterstützen. Danke! RoRo

Pressekonferenz am 5.3.2019 in Wien

Rauchfreie Gastronomie muss kommen

Verfassungsgerichtshof (VfGH) als Retter für den Nichtraucherschutz?

881.692 rote Karten hat die Regierung von der Bevölkerung beim "Don't smoke" Volksbegehren kassiert. Experten haben im Gesundheitsausschuss des Parlaments die Gefahren des Rauchens und Passivrauchens und den Nutzen einer rauchfreien Gastronomie für alle Betroffenen - Wirte, Gäste, Personal - eindrucksvoll aufgezeigt. 70 Prozent der Bevölkerung und sogar 47 Prozent regelmäßiger Raucher wollen eine rauchfreie Gastronomie. Davon völlig unbeeindruckt beschloss die Regierung gegen jedes bessere Wissen und Gewissen die Aufhebung des absoluten Rauchverbots, das ab 1. Mai 2018 in Kraft hätte treten sollen. **Ein untaugliches Tabakgesetz wird gegen jede Vernunft prolongiert.** Wie lange noch bleibt Österreich der „Aschenbecher Europas“?

Als Bundesleiter der Österreichischen Schutzgemeinschaft für Nichtraucher erwarte ich, dass der Verfassungsgerichtshof (VfGH) unter Verweis auf das Arbeitnehmerschutzgesetz und das Gleichheitsprinzip, eine rauchfreie Gastronomie als einzig rechtskonforme Regelung vorschreiben wird. Es muss endlich Schluss sein mit der Gesundheitsge-



Bundesleiter Robert Rockenbauer und Univ.-Prof. Dr. phil. DDr. h.c. Hans Köchler

fährdung durch das Rauchen. Es muss Schluss sein mit weiteren Verzögerungen und scheinheiligen Lösungen. Jeder weiß doch, dass Nichtraucher in Mischlokalen nicht vor Passivrauch geschützt sind. Es ist erschreckend, dass in Nichtraucherräumen mit angrenzenden Raucherbereichen die Feinstaubbelastung viermal höher ist als an einer stark befahrenen Straße. Warum sollen in Österreich grundsätzlich zwar alle Arbeitsplätze vor Passivrauch geschützt sein, aber nicht jene in der Gastronomie? Warum sollen dort Lehrlinge in neuen Lehrverträgen (ab September 2018) einer Stunde Rauch ausgesetzt werden dürfen, in

alten Lehrverträgen sogar bis zu vier Stunden? Wo bleibt da das Recht auf Gleichheit? Zudem haben wir seit 10 Jahren den Beweis, dass sich 80 Prozent der Besitzer von Lokalen mit Raucherbereichen nicht an das Gesetz halten.

Die Bundesregierung zeigt mit ihrer Ignoranz, wie wenig ihr der Gesundheitsschutz der Bevölkerung im Allgemeinen und der Schutz von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern in der Gastronomie im Besonderen bedeutet. Wie kann sie es mit gutem Gewissen rechtfertigen, dass täglich drei Menschen durch das Passivrauchen sterben und aufgrund fehlender Tabakprävention 13.000 Rauchertote pro Jahr in Österreich zu beklagen sind? **Was kann wichtiger sein als die Gesundheit?** Verantwortliche sollten wissen, dass die im Passivrauch enthaltenen krebserregenden Substanzen keine Grenze aufweisen, unterhalb derer keine Gesundheitsgefährdung zu erwarten wäre. Das gleiche gilt für die Ultrafeinstäube des Passivrauchs und ihre Folgen wie Herzinfarkt, Schlaganfall und COPD. **Es gibt kein risikofreies Passivrauchen, deshalb hätte die Regierung niemals die Aufhebung**

eines absoluten Rauchverbots in der Gastronomie beschließen dürfen. Wir erwarten daher Klartext vom VfGH! Wir erwarten, dass Ausnahmen vom Rauchverbot in der Gastronomie für rechtswidrig erklärt werden und die Ungleichheit bei Lehrlingen aufgehoben wird, denn auch diese haben Anspruch auf einen rauchfreien Arbeitsplatz.

Österreich hat die **Tabakrahmenkonvention 2005** mit der Verpflichtung ratifiziert, den **Artikel 8 „Schutz vor Passivrauchen“** umzusetzen. Dieser völkerrechtlich verbindliche Vertrag besagt in Art. 8, dass die Vertragsparteien anerkennen, dass wissenschaftliche Untersuchungen eindeutig bewiesen haben, dass Passivrauchen Tod, Krankheit und Invalidität verursacht. Die Leitlinie 4.1 der Rahmenkonvention zur Tabakkontrolle (FCTC) ruft die Vertragsstaaten dazu auf, **„alle Menschen vor Passivrauch zu schützen“** - nicht nur bestimmte Bevölkerungsgruppen wie Kinder oder schwangere Frauen. Ein wirksamer Schutz ist laut WHO nur durch 100% rauchfreie Innenräume möglich und diesen Grundsatz hat auch Österreich rechtswirksam anerkannt, aber bis heute nicht im nötigen Ausmaß vollzogen. **Gaststätten sind in Österreich der einzige öffentliche Ort ohne wirksamen Schutz vor dem Passivrauchen.** Nur ein Nichtraucherschutzgesetz, das für alle gleich gilt, schützt Nichtraucher, hilft aufhörwilligen Rauchern, hindert Jugendliche am Rauchbeginn, vermeidet Wettbewerbsnachteile, erleichtert die Kontrollen und die Administration und ist ohne Aufwand sofort umzusetzen.

Rauchfreie Luft zu atmen ist ein Grundrecht! Es ist die Aufgabe des Staates, Nichtraucher vor Belästigung und vor Gefährdungen ihrer Gesundheit durch das Passivrauchen zu schützen. Letztendlich muss die **rauchfreie Gesellschaft** unser aller Ziel sein. **Damit meine ich nicht nur das Rauchverbot in Innenräumen, sondern überall dort, wo mehrere Menschen zusammentreffen, auch im Freien** (z.B. Außengastronomie, Spielplätze, Sport- u. Kulturveranstaltungen, Freibäder, überdachte Haltestellen, stark frequentierte Fußgängerzonen usw.).

Kanzler und Vizekanzler haben die Umsetzung einer effizienten Ta-

bakpolitik leichtfertig einem politischen Abtausch geopfert. Dabei gibt es keine andere Maßnahme, mit der mehr Menschenleben gerettet, mehr Krankheiten verhindert werden können, als durch eine drastische Senkung des Zigarettenkonsums. Dazu gehört ein umfassender Nichtraucherschutz, der nur mit einer rauchfreien Gastronomie erreicht wird. Rauchen verursacht menschliches Leid und hohe volkswirtschaftliche Kosten in Milliardenhöhe. **Rauchverbote haben somit den höchsten Kosten-Nutzen-Effekt!**

Alles andere als die Aufhebung der noch in Kraft befindlichen Ausnahmen vom Rauchverbot in der Gastronomie durch den VfGH, wäre im Lichte internationaler Beispiele völlig unverständlich und müsste zu einer weiteren Klage wegen Vertragsverletzung bezüglich Artikel 8 der Tabakrahmenkonvention führen.

Am Schluss bleibt noch die Frage, wer denn diese Kalamitäten mitverursachte. Für mich sind es die 28 Abgeordneten zum Nationalrat, die noch in der rot-schwarzen Regierung für ein absolutes Rauchverbot eintraten, aber in der neuen türkisblauen Koalition wegen des **Klubzwangs** umgefallen sind und für die Aufhebung stimmten. **Die Hauptlast dieses menschenverachtenden Polit-Spektakels haben aber immer noch die Verantwortlichen Kurz und Strache.** Das sollte man bei der nächsten Wahl nicht vergessen. Wenn die Rechtsstaatlichkeit in Österreich noch Gültigkeit hat, und das hat sie, wird die **Drüberfahrpolitik der Regierung** durch den VfGH eine deutliche Absage erteilt bekommen, davon bin ich überzeugt.

*Bundesleiter Robert Rockenbauer,
Nichtraucherschützer seit 1975*

Appell an den Bundeskanzler: Recht auf Gesundheit sicherstellen

Das Problem ist, dass in Österreich nichts weitergeht, im Gegensatz zu anderen europäischen Ländern und im Vergleich zu anderen Kontinenten. Wenn man ein bisschen herumkommt in Asien und Lateinamerika, sieht man, dass Österreich wirklich sehr weit hinten ist, was die Tabakprävention und den Nichtraucherschutz betrifft. Das ist für das Ansehen der Republik sehr schädlich, weil wir die Tabakrahmenkonvention unterzeichnet haben, aber in der konsequenten Umsetzung sehr säumig sind.

Aus verfassungsrechtlicher Hinsicht ist die Aufhebung des absoluten Rauchverbots in gar keiner Weise einzusehen und argumentierbar, dass Bedienstete in Wirtschaftsbetrieben unterschiedliche Rechte haben sollen. **Menschen, die in der Gastronomie arbeiten, bekommen nicht den Schutz der Gesundheit,** wie er für die Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen vorgesehen ist. Es ist zu hoffen, dass der VfGH diesen Fehler möglichst bald korrigiert.

Die Rechtskultur in Österreich lässt extrem zu wünschen übrig, weil das Tabakgesetz wie es jetzt existiert, in den meisten Lokalen nicht einge-

halten wird. **Die Raumtrennung ist reine Augenauswischerei.** Die Türen sind mehr oder weniger ständig offen. Das Gesetz verlangt jedoch, dass der Rauch nicht in die deklarierten Nichtrauchersonnen eindringen darf. Das wird überhaupt nicht realisiert. Man kann nur reine Nichtraucherlokale aufsuchen, wenn man nicht mit Rauch in Berührung kommen will, was allerdings am Land ein Ding der Unmöglichkeit ist.

Ich appelliere an den Bundeskanzler, dass er das **Recht der Bürger auf Gesundheit** sicherstellt. Das Land darf nicht von einem Politiker in Geiselnhaft genommen werden, der nikotinabhängig ist und die Aufhebung des Rauchverbots zu einer Koalitionsbedingung gemacht hat. Das ist moralisch höchst problematisch und so jemand ist menschlich im Umgang mit anderen Menschen nicht glaubwürdig. Es würde dem Vizekanzler gut anstehen, würde er diesen Fehler (Aufhebung des absoluten Rauchverbots, Anm.) korrigieren. Es würde ihm innenpolitisch sicher nicht schaden.

*Univ.-Prof. Dr. phil. DDr. h.c.
Hans Köchler*

Steuervorteil für Raucher verpufft

Erstmals seit Jahren erhöht die Regierung nicht die Tabaksteuer.

Dennoch dürften Zigaretten teurer werden. Denn nun ist es die Industrie, die an der Preisschraube dreht.

Wien. 1,911 Mrd. Euro hat der Staat im Vorjahr an Tabaksteuer eingenommen, 43 Mio. Euro mehr als im Jahr zuvor. Rechnet man die Mehrwertsteuer dazu, zahlten die Raucher 2,3 Mrd. Euro ins Budget ein. Das ist deutlich mehr als die Hälfte des Volumens der geplanten Steuerreform. Und dennoch: Erstmals seit zehn Jahren steigt die Tabaksteuer heuer per 1. April nicht mehr automatisch weiter an.

Das heißt aber nicht, dass die Raucher nicht tiefer in die Tasche greifen müssen. Auch wenn noch nichts offiziell ist, wird die Industrie die Zigarettenpreise auch heuer wieder erhöhen. Womit auch die Mehrwertsteuer steigen würde - vorausgesetzt, der Absatz bleibt mit 11,8 Mrd. Stück versteuerten Zigaretten stabil. Zum Vergleich: 2017 wurden noch 12,4 Mrd. Stück verkauft. Im Vorjahr stieg der Durchschnittspreis einer Packung von 4,76 auf 5,06 Euro.

Staat raucht kräftig mit

Die Regierung begründet ihren Strategiewechsel bei der Tabaksteuer damit, dass keine zusätzlichen Steuern eingeführt werden, sondern im Gegenteil eine spürbare Entlastung kommt. So ist es auch im Regierungsprogramm festgeschrieben. Ganz wird Finanzminister Hartwig Löger (ÖVP) freilich auch künftig nicht auf die fetten Einnahmen verzichten wollen. Ob ein neues Modell kommt und wie es aussieht, ist derzeit offen. Faktum ist: „Im Steuerreform-Lenkungsausschuss wird diskutiert, wie man die Tabaksteuer neu aufstellt“, sagt der Sprecher von Löger, Jim Lefebvre, zur „Presse“.

Dabei könnten neue Produkte wie E-Zigaretten (bisher nur mit Mehrwertsteuer belegt) oder die ab Mai zum Verkauf zugelassenen Heat-not-burn-Produkte auch berücksichtigt werden.

Bisher sah die Berechnung der Tabaksteuer folgendermaßen aus: 37,5 Prozent des Kleinverkaufspreises bzw. 53 Euro pro 1000 Stück, sowie 110

Von Hedi Schneid

Euro pro Kilogramm Feinschnitt. Das heißt, dass vom Preis einer Zigarette 77 Prozent in Form von Tabak- und Mehrwertsteuer an den Staat fließen. Zwölf Prozent macht die Handelsspanne der Trafikanten aus, der Rest von elf Prozent geht an die Produzenten.

Die Industrie - in erster Linie die zu JTI gehörende Austria Tabak - und die 2400 Trafikanten (dazu kommen noch 3350 Verkaufsstellen wie Tankstellen und Lebensmittelhändler) sehen das aktuelle „Steuervakuum“ mit gemischten Gefühlen. Für die im Spannungsfeld zwischen wirtschaftlichen und gesundheitspolitischen Interessen stehende Branche sei langfristige Planbarkeit besonders wichtig, heißt es. Außerdem kann die Industrie Preiserhöhungen auf Basis stetig steigender Steuern leichter argumentieren.

Ebenfalls im Vorjahr wurde die Handelsspanne der Trafikanten erhöht. Mit 53 Prozent vom Wirtschaftsnutzen (Bruttoverkaufspreis abzüglich Tabak- und Mehrwertsteuer) ist sie die höchste in Europa. Das brachte den Fachtrafikanten ein Umsatzplus von 3,4 Prozent auf 1,04 Mrd. Euro. Wobei auch die Lotto-Einnahmen und die Neuerung, „Coffee to go“ anbieten zu können, dazu beitrug.

Neues Kontrollsystem

Die niedrigere Handelsspanne in den Nachbarländern fördert den Schmuggel. Der Anteil nicht versteuerter Zigaretten fiel im Vorjahr zwar von 17 auf 14 Prozent. Der Steuerausfall machte aber 330 Mio. Euro aus, der Schaden für Produzenten und Handel betrug laut JTI knapp 100 Mio. Euro.

Genau gegen den Schmuggel wendet sich das von der EU verordnete neue Kontrollsystem, das bis Mai umgesetzt werden muss. „Abseits der Steuerfrage richtet sich unser Hauptaugenmerk auf dieses neue System,

dessen Kosten wir tragen müssen“, sagt Ralf-Wolfgang Lothert, Sprecher von JTI Austria. Das „Track and Trace“ genannte System bedeutet, dass jede Zigarettenpackung mit einem Code versehen wird, mit dem der Weg jeder Packung innerhalb der EU lückenlos nachvollzogen werden kann. Zudem erhält jede Packung eine Banderole mit einem Sicherheitsmerkmal. Die Daten müssen an eine zentrale Stelle übermittelt werden.

Den Aufwand schätzt Lothert europaweit auf einen hohen zweistelligen Millionenbetrag. Die Kosten, der zusätzliche technische Aufwand sowie das Mehr an Bürokratie stünden in keinem Verhältnis zum Nutzen, lautet denn auch die Kritik von Produzenten, Großhändlern und Trafikanten.

Die Presse, 20.2.2019

**Wenn sich ein Volk vor seiner
Regierung fürchtet,
ist es Tyrannei.
Wenn sich eine Regierung vor
ihrem Volk fürchtet,
ist es Freiheit.**

Thomas Jefferson



Farbposter P/24, 42 x 59 cm, 2,20 Euro.
Gratisbeilage für Schulen u. Gemeinden.

Alkohol im Fernsehen

Von Steffen Quandt

Würzburg/Berlin - Die Präsenz legaler Drogen im deutschen Fernsehen ist laut einer Studie der Universität Würzburg enorm – eingeordnet wird deren Konsum aber kaum. Wirtschaftsjournalismus-Professor Kim Otto und seine Mitarbeiter haben die Studie im Auftrag des Bundesgesundheitsministeriums und der Bundesdrogenbeauftragten Marlene Mortler (CSU) erstellt. „Wir waren sehr überrascht, vor allem was den Alkoholkonsum angeht“, sagte Otto dem Evangelischen Pressedienst (epd).

In sechs von zehn TV-Sendungen ist Alkohol zu sehen

Laut der Untersuchung ist in sechs von zehn TV-Sendungen Alkohol zu sehen, in vier von zehn Sendungen wird er zudem konsumiert. Deutlich höher ist dieser Anteil bei fiktionalen Formaten: Mit 95,8 Prozent wurde in fast jedem Spielfilm, der untersucht wurde, Alkohol getrunken. Bei Serien lag der Anteil bei 61,2 Prozent, bei Seifenopern bei 45,8 Prozent. Die Präsenz von Tabak und Nikotin ist zwar geringer als die von Alkohol – jedoch treten auch diese legalen Drogen laut der Studie in fast jeder vierten TV-Sendung auf.

Vor allem in Sendungen im Privatfernsehen wird häufig zur Flasche gegriffen: Mit sechs von zehn Sendungen, in denen Alkohol konsumiert wurde, führt Pro7 die Liste an, gefolgt von RTL

II mit fünf von zehn; gezeigt wird Alkohol bei Pro7 sogar in acht von zehn Sendungen, bei RTL II sind es sieben von zehn.

Aber auch der ARD-Hauptsender Das Erste und das ZDF zeigen in jeder zweiten Sendung alkoholische Getränke, der angedeutete Konsum alkoholischer Getränke liegt beim Ersten mit 33 Prozent niedriger als beim ZDF mit knapp 40 Prozent.

Wissenschaftler empfiehlt Sendern Selbstverpflichtungserklärung

Bewertet wurde der Konsum legaler Drogen dabei nur selten: in 10,5 Prozent der Fälle bei Alkohol sowie in 2,9 Prozent der Fälle bei Tabak. Dabei hielten sich die positiven und die negativen Bewertungen die Waage. Beweggründe für den Konsum legaler Drogen wurden in den Sendungen kaum benannt.

Für die Studie hatten Forscher das Programm einer „natürlichen Woche“ ausgewertet, das an sieben aufeinanderfolgenden Tagen zwischen 13 und 22 Uhr von Pro7, Sat.1, RTL, RTL Nitro, RTL II, ZDF sowie vom Ersten der ARD gezeigt wurde. Die Dritten Programme waren nicht Gegenstand der Untersuchung.

Otto sagte, einerseits müssten Medien „natürlich die Realität abbilden“, es sei aber andererseits die Frage, ob den Fernsehmachern dies angesichts dieser Zahlen gelinge. „Wenn etwa bei Pro7 in

60 Prozent der untersuchten Sendungen Alkohol getrunken wird, muss die Frage erlaubt sein, ob das die gesellschaftliche Realität auch zeigt.“ Die TV-Sender weigerten sich Otto zufolge bisher, eine Selbstverpflichtungserklärung abzugeben, um weniger Konsum legaler Drogen zu zeigen. Darüber sollte man noch mal nachdenken, sagte Otto. „Wer TV-Helden beim Trinken zusieht, greift selbst leichter zur Flasche“

Mit Verboten kann sich Otto, der selbst unter anderem für das ARD-Politikmagazin „Monitor“ arbeitet, aber nicht anfreunden: „Ich setze darauf, dass die Fernsehmacher mehr ihr eigenes Handeln reflektieren.“ Es sei „sicher keine böse Absicht“, dass der Konsum legaler Drogen derart häufig und ohne Einordnung gezeigt werde. „Aber wenn in einem neuen ‚Tatort‘ der ARD im Büro geraucht wird, ist das unnötig – das gibt es in der Realität einfach nicht mehr.“

Die Drogenbeauftragte Mortler sagte, die Studie zeige, welche Präsenz Alkohol gerade im privaten Fernsehen habe. Die Medienbranche müsse sich bewusst sein, dass nicht alle Zuschauer über die notwendige Medienkompetenz verfügen: „Die Wissenschaft zeigt heute deutlich, dass derjenige, der im Fernsehen dauernd mit Alkohol konsumierenden Protagonisten konfrontiert wird, auch im realen Leben leichter zur Flasche greift.“

Hannoversche Allgemeine, 7.11.2018

Häufigkeit wichtiger als Schädlichkeit

Beim Vergleich der zuschreibbaren Sterblichkeit durch Rauchen und durch die Außenluftverunreinigung mit Abgasen, Feinstaub, etc. muss berücksichtigt werden, dass dafür nicht nur das Relative Risiko (Mortalität der Exponierten im Vergleich zu den Nichtexponierten), sondern auch die Häufigkeit der Exposition entscheidend ist: Wenn z.B. ein starkes Karzinogen beseitigt wird, das im Beruf das Krebsrisiko verzehnfacht, von dem aber nur 1% der Bevölkerung betroffen ist, so hat man nur 8% der Krebsfälle verhütet. Wenn man dagegen ein Umweltkarzinogen eliminiert, welches das Krebsrisiko nur auf das 1,5fache erhöht, von dem aber 90% der Bevölkerung betroffen sind, so hat

man 31% der Krebsfälle verhütet.

Außerdem sind auch Interaktionen zu berücksichtigen: *Turner et al.* haben vor kurzem schön dargestellt, dass kardiovaskuläre Risiken zwar vom Rauchen dominiert sind, aber auch durch PM2.5 erhöht werden, und zwar bei Rauchern stärker als bei Nichtrauchern. Ähnliches fand sich schon früher für Lungenkrebs, wobei das Relative Risiko durch die Interaktion (von Rauchen und PM2.5) 2,2 betrug. In China sterben zwar vor allem Männer am Rauchen, aber Lungenkrebs und andere Raucherkrankheiten sind bei Frauen überraschend hoch, obwohl nur 3% von ihnen rauchen. Das ist sowohl auf Passivrauch und andere Innen-

raumverunreinigungen (Kochen, Heizen) als auch auf Außenluftverunreinigungen (vor allem in großen Städten) und Interaktionen zurückzuführen.

Univ.-Prof. Dr. Manfred Neuberger

Die bekannte und beliebte **ORF-Journalistin Elizabeth T. Spira** starb in der Nacht vom 8. zum 9. März. Spira wurde 76 Jahre alt.

Spira litt seit Jahren an einer Lungenkrankheit, weil sie eine starke Raucherin war. Ab 1997 erreichte sie mit der neuen Sendereihe „Liebesg'schichten und Heiratssachen“ einen hohen Bekanntheitsgrad.

Die Diktatur der Konzerne

„Wenn Politiker konzerndienliche Entscheidungen treffen, müsse nicht zwangsläufig Bargeld fließen“, meint der aus Italien stammende Ökonom und führende US-Kartellrechtler der Universität Chicago, Luigi Zingales, und zieht einen Vergleich zum organisierten Verbrechen: „Niemand würde den Einfluss der Mafia daran bemessen, wieviel Bestechungsgeld sie zahlt.“ Die Macht eines Mafiabosses beruhe vielmehr auf seiner Fähigkeit, Angebote zu machen, die niemand ausschlagen kann. Dabei, so Zingales, sei besonders jener Mafiosi erfolgreich, der kaum je damit drohe, Gewalt anzuwenden. Auf die Macht der Konzerne gemünzt: „Die Drohung, die von Seiten wirtschaftlicher Interessen eingesetzt werden kann, ist die Ausgrenzung aus der Wirtschaftswelt am Ende einer Amts- oder Mandatszeit.“ Demnach besteht die Belohnung, die ein Konzern für das gewünschte Handeln in Aussicht stellen kann, nicht in einem gut gefüllten Briefumschlag, sondern darin, dass der Politiker auch nach dem Ausscheiden aus seiner politischen oder behördlichen Funktion noch im Geschäft bleibt (Anmerkung, besser: ins profitable Geschäft wechseln darf). Zingales illustriert seine Analyse mit dem Beispiel von Robert Rubin, Finanzminister unter Bill Clinton: Rubin habe seine Parteifreunde bei den Demokraten so lange bearbeitet, bis diese einer Gesetzesänderung zustimmten, wodurch die Großbank Citicorp 1998 mit dem Versicherungskonzern Travelers im damals größten Deal aller Zeiten zur Citigroup fusionieren konnte. Am Tag der Gesetzesänderung verließ Rubin das Finanzministerium und wurde Berater der Citigroup, wo er in den folgenden Jahren 126 Millionen Dollar verdiente (später wurde die Bank mit Milliarden Steuergeldern vor der Insolvenz bewahrt).“

Auszug aus dem Buch:

„Die Diktatur der Konzerne“
von Thilo Bode.

Schauen Sie sich nur den Auszug aus der unvollständigen Liste der Politiker*innen an, die als sog. „Dreh-türler“ zwischen Politik und Wirtschaft gewechselt sind: z. B. Ex-Ministerpräsident Albig, Ex-Verteidigungsminister J. Jung, Ex-Entwicklungshilfeminister Dirk Niebel, Ex-Außenminister Joschka Fischer, Ex-Bundeskanzler Schröder, Ex- Außen-

minister Gabriel, Ex-Kanzleramtsminister Profalla, Ex- Ministerpräsidentin Hannelore Kraft, Ex-Staatsminister im Kanzleramt E. von Klæden, Ex-Verkehrsminister Wissmann, Ex-Bundesbankchef A. Weber, Ex-Kommissionspräsident M. Barroso, Ex-MdB Marianne Tritz (Grüne wird Cheflobbyistin der Tabakindustrie), Ex-Ministerpräsident sowie Ex-Bundeswirtschafts- und Arbeitsminister Clement usw., usw.

Einige haben während ihrer Amtszeit als „Volksvertreter auf dem Papier“ schon vorausseilend für die Wirtschaft bzw. ihre künftigen Arbeitgeber gearbeitet und nicht für das Volk. Ein unglaublicher Skandal!

Das ist der zentrale Punkt! Und nicht primär die untergeordneten Spenden oder das Sponsoring an Parteien etc. Ungenierte werden die politischen und wirtschaftlichen Interessen oft zum Nachteil der Bevölkerung miteinander verknüpft. Bereits im Amt wird das lukrative Bettchen vorbereitet. Da kann es einem bei diesem Sumpf außer einem ohnmächtigen Zorn nur noch übel werden!

Wir sollten uns aus dem frustrierenden Engagement gegenüber der Politik lösen und gegen diese Strukturen kämpfen. Weil ich bekanntlich für weitreichende Ziele bin, müssen wir für ein Verbot des Wechsels von der Politik in die Wirtschaft eintreten. Für ein Verbot des Lobbyismus. Für ein Verbot von Spenden, Sponsoring und andere Unterstützungen und Zuwendungen. Klar wird dann im Ge-

heimen weiter gemauschelt, aber das jetzige Handeln sollte zumindest strafbewehrt geahndet werden.

Das Schlimme ist, dass diese Korruption, Bestechung, Verfälschung so ungeniert als Normalität (wie der Tabak-Nikotindrogengebrauch!) praktiziert wird, dass von den Systemkonformen ein Aufschrei erfolgen würde, dass das mit den Verboten doch nicht gehe. Oder man argumentiert dreist, man brauche die Beratung durch die Wirtschaft in der Politik, weil die Inhalte zu komplex seien, wo man dann in der Folge gleich die Vertreter der Wirtschaft in Ministerien setzt, damit sie an Gesetzen (im Interesse der Wirtschaft) mitarbeiten oder man lädt sie partnerschaftlich zu Anhörungen über Gesetze ein und nimmt deren Anregungen dankend entgegen. Alles nur eine Volksvera...! Wir dürfen an solchen Veranstaltungen nicht mehr mitwirken, sondern müssen öffentlich dagegen protestieren. Unsere Forderungen können wir auch schriftlich einbringen, statt uns als Alibistatisten vorführen und missbrauchen zu lassen.

Wir brauchen mehr Hintergrundwissen, um neue Strategien zu entwickeln! Wir hinken den wahren Gründen des politischen Handelns hinterher und verlieren uns mit dem Verlust unserer Lebenszeit in irgendwelchen systemangepassten Verbesserungen und Forderungen, die von der Politik ignoriert oder in Ermangelung von Moral und Mut nicht umgesetzt werden!

Dr. Helmut Weber (gekürzt)

Erfolgreiche Strategien der Konzerne

Die Strategien der Lebensmittelwirtschaft (insbesondere der „Zuckerindustrie“) und die Parallelen zur Tabakindustrie, zur Abwehr gesundheitspolitischer Initiativen:

Strategie 1: Zweifel säen, wissenschaftlichen Konsens ignorieren.

Strategie 2: Andere Risikofaktoren in den Vordergrund spielen.

Strategie 3: Wirkungslose freiwillige Selbstverpflichtungen eingehen.

Strategie 4: Partikularinteressen tarnen, Gemeinwohlinteressen vorgeben. Zum Beispiel:

„Das Recht, als Erwachsener in Freiheit und Verantwortung, ohne Zwang sowie im Rahmen der Gesetze seine eigenen Entscheidungen zu treffen, ist die Basis unserer gesellschaftlichen Grundordnung.“

„Lenkende staatliche Eingriffe in den Lebensmittelmarkt widersprechen dem Grundgedanken einer freiheitlichen Gesellschaft an sich.“

Oliver Huizinga

Leiter Recherche und Kampagnen
von food watch www.foodwatch.de

Folgen eines achtlos weggeworfenen Tschicks

Eine Kippe im Wasser zu entsorgen ist natürlich viel bequemer, als sie auszudrücken und ordnungsgemäß irgendwo im Restabfall zu entsorgen. Die im Wasser treibende Kippe ist jedoch nicht nur ein ästhetisches Problem. Sie ist ein echtes Umweltproblem. Forscher der San Diego State University haben Fische in Wasser gehalten, das mit Zigarettenkippen belastet war. Sie ließen einen Tag lang eine Kippe pro Liter im Wasser schwimmen, dann kamen die Fische in dieses Wasser. Die Hälfte der Tiere starb.

Gifte wie Arsen

Doch auch in weitaus stärkerer Verdünnung wirken sich die in einer Kippe enthaltenen Chemikalien verheerend aus. Eine Zigarettenkippe kann bis zu 60 Liter Wasser verseuchen. Wenn Umweltaktivisten an Küsten Müll einsammeln, ist jedes dritte Stück Müll eine Zigarettenkippe. Schmilzt der Schnee auf Skipisten, so werden unzählige Kippen von süchtigen Wintersportlern in Bäche und Flüsse verfrachtet. Und mit ihnen nicht nur das Nervengift Nikotin, sondern auch Gifte wie Arsen. Wer nach dem letzten Zug schnippt, gefährdet die Umwelt und sollte dies der Allgemeinheit sowie großen und kleinen Tieren zuliebe unbedingt sein lassen.

Dr. Alexander Stahr

Warum Kippen schlecht für die Umwelt und unsere Gewässer sind

Allein in Deutschland werden jährlich etwa 106 Mrd. Zigaretten geraucht. Nach Schätzungen der Weltgesundheitsorganisation (WHO) landen 2/3 aller gerauchten Zigaretten auf dem Boden. Weltweit würden so etwa 4,5 Billionen Zigarettenkippen pro Jahr in die Umwelt gelangen. Die Folgen sind teilweise bereits sichtbar: Über 53% des Mülls an den Stränden der Ostsee sind Zigarettenkippen und auch bei Müllsammelaktionen an der Nordsee landen sie regelmäßig in den Top 10 der am häufigsten gefundenen Müllteile.

Die Entsorgung von Kippen auf der Straße und in der Umwelt ist dabei durchaus gesellschaftlich akzeptiert – und das in einem Maße wie dies bei anderen Abfällen kaum

denkbar wäre.

Doch Kippen sind aus zwei Gründen sehr gefährlich für unsere Gewässer:

Zum einen sind in Zigaretten über 5.000 Schadstoffe enthalten, wovon nachweislich 70 Kanzerogene (krebs-erregende Substanzen) sind. Natürlich können diese Stoffe auch Schäden in der Umwelt anrichten. Die Filter einer Zigarette haben, wie der Name schon sagt, die Funktion, einen Teil der Giftstoffe herauszufiltern, d.h. dieser Teil bleibt in ihnen hängen. Sobald sie mit Wasser in Berührung kommen löst sich gerade das Nikotin besonders schnell und leicht: Nach nur einer halben Stunde in einer Pfütze ist etwa die Hälfte des Nikotins im Wasser. Ein Filter kann eine Menge von 1.000 Liter Wasser mit Nikotin für kleine Wassertiere, wie etwa Wasserflöhe, vergiften. Diese Wirkung verwundert kaum, bedenkt man, dass Nikotin und abgewandelte Varianten in der Landwirtschaft als Insektizide angewandt werden und auf den gespritzten Äckern alle Insekten töten. Gerade in urbanen Gebieten ist die Nikotin-Belastung besonders hoch: Studien haben eine bis zu 60fach höhere Konzentration im Oberflächenabfluss festgestellt.

Zum anderen bestehen die Filter nicht wie vielfach angenommen aus Papier, das schnell verrottet. Konventionelle Zigarettenfilter werden aus Zellulose-Acetat hergestellt – einem

Kunststoff. Die Zerfaserung dieses Materials kann viele Jahre dauern. Und selbst dann neigt es dazu in kleinere Plastikteile zu zerfallen, bis hin zu Mikroplastik.

Information BUND

Experten warnen:

Jeder weggeworfene Zigarettenstummel verseucht 40 bis 60 Liter Wasser. Sie sind überall. Alle paar Meter liegen kleine Zigarettenstummel. Kunststoff-Teile mit braunem Zellulose-Acetatüberzug.

Pro Tag werden Millionen Zigaretten geraucht, und drei Viertel davon landen nicht im Aschenbecher, sondern am Straßenrand oder in der Natur.

Eine Zigarette ist in fünf Minuten geraucht, aber sie belastet die Umwelt noch jahrelang. Mittlerweile gibt es einige wissenschaftliche Untersuchungen zur Stummel-Katastrophe. Und die sind erschreckend.

Ein einziger weggeworfener Zigarettenstummel verseucht ca. 40 bis 60 Liter Grundwasser. Pro Stummel gelangen zwei bis sechs Milligramm Nikotin ins Regenwasser. Nikotin ist sehr gut wasserlöslich. Es dauert nur 30 Sekunden, bis das Nervengift aus einem Filter gespült ist. Die einzige Lösung des Problems: Nichtraucher werden! Wenn man weiter auf die Zigarette nicht verzichten kann, dann bitte den Zigarettenstummel nicht achtlos wegwerfen, sondern ordnungsgemäß entsorgen.

FOCUS

Verbesserter Jugendschutz?

Ab Mai 2018 sind eine Reihe weiterer Verschärfungen des Nichtraucherschutzes, wie insbesondere das Rauchverbot in Fahrzeugen in Anwesenheit von Personen im Alter unter 18 Jahren (§ 12 Abs. 4 – die Kontrolle erfolgt durch Organe des öffentlichen Sicherheitsdienstes), das Rauchverbot auch auf Schulfreiflächen, in Vereinen in Anwesenheit von Kindern und Jugendlichen, in nicht ortsfesten Einrichtungen insbesondere Festzelte, nunmehr ausnahmslos in Mehrzweckhallen, in öffentlichen und privaten Verkehrsmitteln zur entgeltlichen oder gewerblichen Personenbeförderung, das Rauchverbot in Trafiken als Postpartner in Kraft getreten. Ab 1.1.2019 gilt das Verbot des Verkaufs von Tabakerzeugnissen und verwandten Erzeugnissen an Personen im Alter unter 18 Jahren.

Die wirkungsvollste Maßnahme wäre jedoch ein Betretungsverbot von Raucherräumen unter 18 Jahren. Das würde bei den Eltern zu einem Umdenkungsprozess führen. Und die Gastronomen hätten einen weiteren Grund, ihr Lokal auf völlig rauchfrei umzustellen. Der Regierung fühlt sich der Raucherclientel mehr verpflichtet als der Gesundheit der Bevölkerung. *(RoRo)*

Wie eine politische Funktion die Einstellung verändert

Überzeugter Nichtraucher Dr. Smolle als Arzt vorher und als Politiker nachher

Das Märchen von den unwirksamen Verboten von Prof. Dr. Josef Smolle

Der seit Tagen diskutierte Vorschlag der Familienministerin, das Schutzalter bezüglich Tabakkonsum auch in Österreich auf 18 Jahre zu erhöhen, ist vernünftig und auch längst überfällig. Prompt wird wieder die Legende von der angeblichen Wirkungslosigkeit von Verboten aufgewärmt.

Dieses Märchen entstand mit dem Aufkeimen tiefenpsychologischer Interpretationen, die den Blick für die Zwiespältigkeit vieler Lebenssituationen geöffnet haben. Dabei wurde gleich manches pauschal ins Gegenteil verkehrt.

Jeder Straftäter sei in Wirklichkeit ein Opfer, und eben jedes Verbot würde das untersagte Verhalten erst recht fördern. Zutreffend? Wohl kaum: Die zwischen 1938 und 1945 „erlaubten“ Verbrechen gegen Leib, Leben und Menschlichkeit sind zu anderen Zeiten, in denen sie glücklicherweise wirksam verboten waren und sind, verschwindend selten.

Oder als harmloseres Beispiel die Gurtenpflicht: Erst seitdem man nicht mehr unangegurtet Auto fahren darf und das auch sanktioniert wird, wurde das Gurtanlegen populär – und hat mitgeholfen, jährlich Hunderte Menschenleben zu retten.

Und bei Suchtmitteln? Verbotenes hat zwar einen Reiz, aber der domi-

nierende Effekt ist ein anderer: Was erlaubt ist, wird in großem Umfang und selbstverständlich gemacht, und es lockt die jeweils nächste Schranke, um auch noch übertreten zu werden.

Generationen österreichischer Gesundheitsminister*innen mussten sich auf Aufklärungskampagnen beschränken. Der daraus resultierende unfreiwillige „Feldversuch“ dokumentiert das Versagen.

Während man in den meisten zivilisierten Ländern die Wirksamkeit rechtlicher Maßnahmen längst bewiesen hat, ist Österreich, wo man mit Verboten allzu lange gezögert hat, zum traurigen Weltmeister mit der höchsten Zahl jugendlicher Raucher geworden. Und dann im Zusammenhang mit einer lebensgefährlichen Suchterkrankung noch von freier Entscheidung zu sprechen, ist nicht bloß Zynismus.

Es ist verantwortungslos!

Kleine Zeitung, 10.1.2017

Ab 15. Februar 2008 fungierte er als Rektor der Medizinischen Universität Graz, im Februar 2011 wurde er vom Universitätsrat für eine zweite vierjährige Funktionsperiode beginnend mit Februar 2012 wiedergewählt. Mit 15. Februar 2016 folgte ihm Hellmut Samonigg in dieser Funktion nach. Bei der Nationalratswahl 2017 kandidierte er auf Platz vier der Landesliste der Steirischen Volkspartei. Im Nationalrat folgte

er mit 24. Jänner 2018 Juliane Bogner-Strauß nach, die im Dezember 2017 Ministerin für die Agenden Frauen, Familie und Jugend in der Bundesregierung Kurz wurde. 2015 wurde vom Parlament ein generelles Rauchverbot in der Gastronomie ab Mai 2018 beschlossen. Die Bundesregierung Kurz beschloss im Zuge der Regierungsverhandlungen 2017, dieses Rauchverbot wieder aufzuheben. Smolle kündigte daraufhin an, im Nationalrat gegen die geplante Aufhebung des Rauchverbots stimmen zu wollen. Im Februar 2018 erklärte Iris Brüggler, die Pressesprecherin des ÖVP-Klubs, auf Anfrage wie Josef Smolle beim türkis-blauen Antrag zum Kippen des Rauchverbots abstimmen werde, die Position Smolles: „In dem Moment, in dem er Abgeordneter wurde, hat er gesagt, dass er paktreu stimmen werde“. Seine Aussage im Dezember 2017 habe Smolle noch als Privatmann getätigt, so Brüggler. Am 22. März 2018 blieb er sowohl der Debatte als auch der Abstimmung im Nationalrat fern.

Anmerkung:

(RoRo) Politik wird zu einem schmutzigen Geschäft, wenn nicht nach freiem Gewissen abgestimmt werden darf. Fraktionszwang hat etwas mit Diktatur zu tun. Gesetze, die unter Klubzwang beschlossen werden, sind meist schlechte Gesetze und haben nicht das Wohl der Bevölkerung zum Ziel.

Offener Brief aus Spanien an Abgeordnete

„Als spanische Experten für öffentliche Gesundheit wundern wir uns, warum Österreich noch immer das alte ‚Spanische Modell‘ verwendet“, schrieben Ildefonso Hernadez-Aguado, Inhaber einer Professur für öffentliche Gesundheit und in den Jahren zwischen 2008 und 2011 Generaldirektor für öffentliche Gesundheit in der spanischen Regierung, und Joan Villalbi, Präsident des spanischen Verbandes für öffentliche Gesundheit und Gesundheitsverwaltung, in dem Brief, der zuoberst an die Vorsitzende des Gesundheitsausschusses im Nationalrat, die oberösterreichische Radiologin Brigitte Povysil (FPÖ), adressiert ist.

2005 habe man in Spanien vor allem aufgrund des Widerstandes der Tabakindustrie zunächst nur die Trennung in Raucher- und Nichtraucheräumlichkeiten in Gastronomiebetrieben mit mehr als hundert Quadratmeter Größe eingeführt. Aber schon 2011 sei es schließlich zu einem generellen Gastrorauchverbot gekommen.

„Wir würden nie wieder umkehren“

„Wir würden nie wieder umkehren. Warum kopierte Österreich ein System, das bei uns fehlgeschlagen ist? Und noch wichtiger: Warum bleibt man dabei? Nichtraucher-schutz war und ist mit dem alten

‚Spanischen Modell‘ unmöglich“, heißt es in dem offenen Brief.

Im Gesundheitsausschuss sitzen unter anderen der ehemalige Rektor der MedUni Graz, Josef Smolle (ÖVP), und die ehemalige Sektionschefin für öffentliche Gesundheit im Gesundheitsministerium und nunmehrige SPÖ-Parteivorsitzende Pamela Rendi-Wagner, beide Ärzte. Smolle hatte sich anfangs für das Gastrorauchverbot ausgesprochen, der Abstimmung im Parlament über die Aufhebung des geplanten Verbots im März vergangenen Jahres aber nicht beigewohnt. Das geplante Verbot war ehemals von der ÖVP mitbeschlossen worden. *red, ORF.at/Agenturen, 8.1.2019*



Dr. Heinz Fuchsig

Feinstaub größere Belastung als Stickoxide

Den Partikeln, die viel mehr gesundheitliche Schäden anrichten als das Stickstoffdioxid, muss die Hauptaufmerksamkeit gelten

Die WHO schätzt in ihrem jüngsten Bericht, dass ungefähr 7 Millionen Menschen jährlich an Feinstaub sterben, „der tief in die Lungen und das Herzkreislaufsystem eindringt, Krankheiten wie Schlaganfall, Herzerkrankungen, Lungenkrebs, COPD und Atemwegsinfekte inklusive Lungenentzündung verursacht“ (oder verstärkt). NO₂ wird als Schadstoff nicht einmal erwähnt – weil er vergleichsweise wenig Schaden anrichtet?

Entbehren die Stickoxid-Grenzwerte der Plausibilität?

Die medial viel diskutierte Studie eines Autorenteam um Prof. Kraus in Aachen hat an 25 jungen, gesunden Probanden mit reinem NO₂ gezeigt, dass beim Gesunden erst ab dreistündiger Exposition mit 956 µg/m³ erste Lungenfunktionsstörungen auftreten (Brand et al. 2016). Die WHO listet experimentelle Studien mit reinem NO₂ auf, die ab 1880 µg/m³ leichte Effekte nach Kurzzeitbelastung zeigen (WHO 2006), andere finden bis 6000 µg/m³ (Arbeitsplatzgrenzwert Schweiz) keinen Effekt. Bei Asthmatikern spricht die WHO von einem klaren „lowest observed effect level“ (LOEL) von 400–500 µg/m³ bei Kurzzeitwirkungen.

Wie kommt es dann zu den von der WHO empfohlenen und auch in Österreich festgelegten Grenzwerten (Jahresmittelwert von 40 µg/m³ und Einstundenmittel von 200 µg/m³)? Chronische Schäden bei geringen (diagnostisch verifizierbaren) Akutwirkungen sind bei chlorierten Kohlenwasserstoffen sowie Schwermetallen wie Blei oder Asbest gut erforscht. Allerdings sind das nicht-lösliche, bioakkumulierende Stoffe. Stickstoffdioxid als Reizgas ist beides nicht. Ozon als vergleichbares Reizgas erzeugt Lungenfibrose und eingeschränktes Lungenwachstum bei Kindern erst ab Konzentrationen, in denen auch deutliche akute Effekte feststellbar sind.

Daher ist der Verdacht begründet, dass Langzeitwirkungen von NO₂ mit anderen, gleichzeitig vorkommenden Luftschadstoffen, Allergenen und Infektionserregern erklärt werden müssen. Für die epidemiologisch dem Stickstoff-

dioxid NO₂ zugeschriebenen Gesundheitsschäden ist vermutlich vorwiegend der ultrafeine Partikel (UFP) samt Belastung mit polyzyklischen Aromaten (PAK) und Metallabrieb aus dem Motor verantwortlich.

Umweltschutz und Medizin haben den technischen Fortschritt übersehen

Diese „Verwechslung“ konnte nur deswegen geschehen, weil man glaubte, UFP wurden mit PM_{2.5} ausreichend erfasst. Dabei wurde allerdings die Motorenentwicklung übersehen: Seit dem Jahr 2000 ist der Druck im Dieselmotor bis auf 2400 bar (Pkw) gestiegen. Erst dadurch wird ein primäreres Partikel derart klein (20 nm – quasi PM_{0.02}) und verschwinden die Großen. Aus dem schwarzen Ruß ist unsichtbarer, alle biologischen Barrieren durchdringender, ultrafeiner Partikel weit unter den Lichtwellenlängen geworden.

Der gestiegene Druck hat die Masse (PM) der Partikel extrem reduziert, die Anzahl blieb gleich. Ein EURO-5-Lkw emittiert die gleiche Zahl, aber nur 1/10 der Masse an Partikeln eines EURO 3, im Vergleich zu EURO 1 gar nur ein Dreißigstel. Das leichteste 1 % der Masse hat aber 80 % der – für die Gesundheit relevanten – Oberfläche. Wenn ein Partikel mit 5 µm (wird teils sogar bei PM_{2.5} miterfasst) aus einer Mischung mit 1 Million Partikel mit 50 nm (frisches Diesellabgas) mit gleichem Gewicht (!) entfernt wird, ist die Luft scheinbar um 50 % besser geworden, obwohl >99 % der Oberfläche bleiben. Die „lung deposit surface area“ könnte sich als beste Beschreibung des Schadenspotenzials von Partikeln bewähren, wenn zusätzlich auch die chemische Zusammensetzung berücksichtigt wird. Denn je nach Größe schwankt die Resorption in der Lunge und der Übertritt ins Blut – und damit in praktisch alle Organe – sehr stark.

Entfernung des Schwefels

Eine weitere Täuschung brachte die sinnvolle Entfernung des Schwefels aus dem Diesel: Der Sulfatmantel hat viel Wasser um den Partikel gebunden, nun ist die Partikelmasse um diesen harmlosen Teil „besser“. Das erklärt auch

Gerüchte, dass die Containerschiffe „ja mehr emittieren als alle Dieselfahrzeuge zusammen“ – der hohe Schwefelanteil des Schiffsdiesels bringt einen höheren Wassergehalt auf die „PM₁₀-Waage“.

Mechanische Generierung (Abrieb etc.) bringt überwiegend Partikel über 1000 nm hervor. Diese Größenordnung ist häufig auch natürlichen Ursprungs (Pollen, Erosion, salzhaltige Luft am Meer) – dafür haben wir Reinigungsmechanismen in Nase und Bronchien. Unter 100 nm kann der nun ins Blut penetrierende Partikel in alle Organe gelangen – auch durch Zellwände und bis in den Zellkern. Ultrafeinstaub wurde bereits in Gehirnen von Ungeborenen gefunden und kann auch beim Erwachsenen bis ins Gehirn gelangen. Kinderärzte haben Anfang 2018 gewarnt, dass diese Partikel pränatal die Blut-Hirnschranke beschädigen; zahlreiche Folgeschäden, vor allem im Sinn mentaler Beeinträchtigungen, werden befürchtet. „UFP ist die ideale Darreichungsform für unerwünschte Substanzen in die Zelle“ (Prof. Armin Hansel, Institut für Ionenphysik).

Zunahme an Herzinfarkten und Schlaganfällen

Den Hauptschaden stellt – epidemiologisch und experimentell gesichert und biologisch plausibel – die Zunahme an Herzinfarkten und Schlaganfällen dar. Die kleinsten Partikelgrößen führen über Durchblutungsstörung durch endotheliale Dysfunktion und eine Erhöhung der Blutgerinnung und permanente Entzündung, unter anderem über oxidativen Stress, zu mehr thrombotischen Ereignissen. Damit wird eine Erhöhung der Sterblichkeit plausibel. 66.000 Todesfälle nennt die EEA für Deutschland pro Jahr. Am NO₂ sterben pro Jahr in der gesamten EU 11.400 (Env. Health Analytics, LCC, 2018).

Ruß/Black Carbon ist ex aequo mit Methan als zweitwichtigster Klimatreiber anerkannt. Weil sie viel schneller aus der Atmosphäre verschwinden, haben 400 Wissenschaftler 2012 dazu aufgerufen, der Reduktion dieser beiden Stoffe Vorrang vor dem CO₂ zu geben. Eine kürzlich publizierte Studie zeigt, dass zur Erreichung des 1,5 °C-Klimaziels auch eine Reduktion von Black Carbon

von derzeit 6 auf 1,5 Megatonnen erforderlich ist (Grubler et al. 2018).

Die Lösung: Partikelfilter auch zur Nachrüstung

Selten ist eine Technik derart wirksam. Studien von AVL und der ETH Zürich haben gezeigt, dass 99,99 % Reduktion Standard sind. Beim Pkw wurde der Filter mit EURO 5 (2010) Pflicht, beim Lkw leider erst mit EURO 6 (2014). Mit den Partikeln werden auch Metallabrieb (Nickel und Chrom sind krebserregend und werden in höher drehenden Motoren wie Benzin-Pkw und Motorrädern noch stärker freigesetzt) und PAK (polyzyklische Aromate) zu über 85 % entfernt.

Was macht die Politik?

Diese Erkenntnisse haben in der Schweiz zu einer langjährigen Diskussion, aber auch zielgerichtetem Handeln geführt. Busse in öffentlichem Interesse fahren nur dann von der Mineralölsteuer befreit, wenn sie Filter haben. 95 % der Busse wurden nachgerüstet bzw. entsprechen der EURO-6-Norm. Größere Baumaschinen müssen Partikelfilter haben und die Funktion wird auf den Baustellen streng überprüft. Selbst Schiffe und Dieselloks der Schweiz wurden nachgerüstet. So kann unser Nachbar den PM2.5-Grenzwert von 12,5 µg/m³ vermutlich bald einhalten, während wir bei doppelt so hohen Grenzwerten Überschreitungen verzeichnen müssen. Die WHO hat 2017 darauf hingewiesen, dass selbst ihr Grenzwertvorschlag von 10 µg/m³ die Gesundheit nicht ausreichend schützt. Insgesamt

wurden fast zwei Millionen Partikelfilter nachgerüstet. Das forderte der Weltärztebund 2014 in einem Appell an alle Regierungen, ebenso eine Überwachung von Partikelzahl (PN) und lungendepo- nierter Oberfläche (LDSA) an den relevanten Standorten.

Die bei uns fehlende Nachrüstung aller viel und noch lange im Betrieb stehenden Schwerfahrzeugen etc. führt zu einem direkten Gesundheitsschaden von mindestens 10 Cent pro Liter (= 840 Mio. €) und dem Doppelten durch Produktionsverlust in der Wirtschaft.

Ein zweiter Aspekt ist beim Diesel besonders ärgerlich – die steuerliche Begünstigung (in Österreich 8 Cent pro Liter). Würden wir CO₂-Steuern wie in Schweden oder British Columbia einführen (was den momentanen Klimaschaden von 80 € pro Tonne abbildet), müssten pro Liter Diesel 21 Cent zusätzlich abgeführt werden, da pro Liter 2,6 kg CO₂ entstehen. Langfristig wird mit bis zu 500,- € Schaden pro Tonne CO₂ gerechnet. Weniger als ein Drittel des Diesels fließt in Pkw. Weitere „Skandale“ rund um den Diesel sind die größere Lärmerregung im Bereich von Wohnstraßen und der Zusatz von Palmöl. Mehr als die Hälfte der EU-Importe dieses Lebensmittels landet im Diesel (EUBemühungen um Reduktion sind im Gange). Ein weiterer Skandal ist die Zerstörung von Partikelfiltern und der Einbau von sog. Emulatoren, die den Harnstoffverbrauch stark reduzieren und damit die Stickoxidbelastung vervielfachen. Den eingesparten Kosten steht ein großer Schaden an der Allgemeinheit gegenüber.

Fazit

Eine Software, die am Prüfstand niedrige NO₂-Emissionen von Automotoren als real auf der Straße vortäuscht, ist ein schwerer Betrug. Kaum ein Hersteller kann die NO₂-Grenzwerte ohne teure SCR-Technik einhalten. Die Stickoxide aus Motorabgasen sind problematisch in Kombination mit Staubpartikeln und wegen ihres Beitrags zu Überdüngung sowie bei der Entstehung von Ozon in trockener Hitze, wie es in kommenden heißen, niederschlagsarmen Sommern wieder zum Problem werden könnte – besonders für Lungenkranke.

Aber der Schaden durch die Partikel (sog. Feinstäube) ist mehrfach größer – für die Gesundheit und für das Klima. Auch die DGP (Deutsche Gesellschaft für Pneumologie) forderte ein, sich dem gefährlicheren Feinstaub zu widmen. Eine Nachrüstung aller Schwerfahrzeuge mit Partikelfiltern, wie es die Schweiz umgesetzt hat, kostet für Deutschland rund 3 Milliarden Euro. Eine Nachrüstung aller Pkw mit SCR zur Reduktion der Stickoxide in der Praxis kostet bis zum Zehnfachen – bei einem Zehntel des Nutzens.

Deshalb ist es unsinnig, viel Geld in die Reduktion eines gesundheitlich weniger relevanten Stoffes zu investieren, wenn hocheffizient der Hauptschädiger durch Partikelfilter beseitigt werden kann.

Dr. Heinz Fuchsig ist Arbeitsmediziner bei der AUVA und Umweltreferent der Österreichischen Ärztekammer sowie Autor des Appells des Weltärztebundes zur Reduktion von (Diesel-)Ruß vom Oktober 2014.
ASU 53 | 08.2018

Lungenärzte bezweifeln Schädlichkeit von Feinstaub und Stickoxiden

LobbyControl bemängelt lückenhafte Berichterstattung in der Debatte um Stickoxide

„Initiative von Lungenärzten“ stammt auch von einem früheren Daimler-Mitarbeiter

Berlin, 24. Januar 2019 – Gestern machte die Meldung Schlagzeilen, dass Lungenärzte die Schädlichkeit von Stickoxiden anzweifeln. Als Initiator wurde der Lungenarzt Dieter Köhler benannt. LobbyControl stellte nun fest, dass die Initiative zur Kritik an den Grenzwerten für Feinstaub und Stickoxide nicht nur von Lungenärzten stammt. In der Berichterstattung gehe unter, dass die Stellung-

nahme vier Autoren hat, darunter auch einen Motorenentwickler, der früher für Daimler tätig war, kritisiert LobbyControl.

Das sind die Autoren und Initiatoren der Initiative von „Lungenärzten“: Dieter Köhler, Martin Hetzel (beide Lungenärzte), Matthias Klingner (Fraunhofer-Institut für Verkehrs- und Infrastruktursysteme) und Thomas Koch (Karlsruher Institut für Technologie, früher über 10 Jahre Daimler AG).

Angabe zu Autoren fehlt in der Stellungnahme

Die Angabe zu Autoren fehlen in der als PDF-Datei veröffentlichten Stellungnahme, die die wissenschaftliche Begründbarkeit der aktuellen Grenzwerte für Stickoxide und Feinstaub in der Luft in Zweifel zieht. Die Namen werden lediglich im Begleit-Text auf lungenaerzte-im-netz.de mit Nachnamen erwähnt – ohne Vornamen und ohne Angabe der beruflichen Hintergründe. Sie tauchen aber in der Unterschriftenliste der Perso-

Fortsetzung von Seite 9

nen auf, „die der Stellungnahme uneingeschränkt zustimmen“.

Ulrich Müller von LobbyControl: „Aufrufe von Wissenschaftlern sind ein beliebtes Lobbyinstrument. In der Klimaschutz-Debatte gab es viele solcher Aufrufe von Klimaskeptikern, die über die Zahl ihrer Unterzeichner versuchten Eindruck zu machen. Es ist wichtig, da genau hinzuschauen. Das ist in der aktuellen Berichterstattung in vielen Fällen leider zu kurz gekommen. Es hat eine andere politische Wirkung, ob ein solches Schreiben allein von einem Lungenarzt initiiert wurde oder von einem früheren Daimler-Mitarbeiter mitverfasst wurde. Auch dass es sich bei der Initiative um eine Minderheitenmeinung handelt, wurde zum Teil in der Berichterstattung nicht erwähnt.“

Shisha

Eine Shisha ist eine Wasserpfeife, die traditionell mit einem speziellen Tabakgemisch geraucht wird. Der Tabak wird mithilfe von Kohle erhitzt. Der Rauch wird durch ein mit Wasser gefülltes Gefäß gezogen und danach durch einen Schlauch eingeatmet. Der Shisha-Tabak besteht aus einer speziellen Mischung aus Tabak, Glycerin und Aromastoffen, wie z.B. „Apfel“ oder „Vanille“, und wirkt dadurch harmloser.

Shisha-Rauchen ist mindestens genauso schädlich und suchtfördernd wie Zigarette-Rauchen.

- Die Giftstoffe, die durch Verbrennen des Shisha-Tabaks und der Kohle freigesetzt werden, werden durch das Wasser definitiv nicht herausgefiltert.
- Das Wasser in der Shisha kühlt den Rauch, so dass er sogar noch tiefer eingeatmet wird und tiefere Lungenbereiche geschädigt werden.
- An einer Wasserpfeife zieht man zwischen 100 und 200 Mal pro Gebrauch – das entspricht in etwa 10 bis 20 Zigaretten.
- Zusätzlich können ansteckende Krankheiten, wie Herpes, über das Mundstück übertragen werden.

Wasserpfeifen-Rauch schmeckt besonders mild und wirkt deshalb ungefährlich – davon sollte man sich nicht täuschen lassen und lieber ohne dieses „Hilfsmittel“ entspannen!

Cannabis

Hanf (Cannabis) ist eine Pflanzengattung innerhalb der Familie der Hanfgewächse. Hanf zählt zu den ältesten Nutz- und Zierpflanzen der Erde.

Die einzelnen Bestandteile der Pflanze (Fasern, Samen, Blätter, Blüten) werden ungenauerweise ebenfalls als Hanf bezeichnet. Aus diesen Pflanzenteilen können jeweils sehr verschiedene Produkte hergestellt werden:

Seile (aus den Fasern der Stängel),
Speiseöl (aus den Samen),
ätherisches Öl (aus destillierten Blättern und Blüten)
sowie Haschisch und Marihuana (aus getrockneten Blättern, Blüten und Blütenständen).

Neben seiner Rolle als wichtiger nachwachsender Rohstoff für Textilindustrie und Bauwirtschaft wird Hanf daher sowohl als Rauschmittel wie auch als Arzneimittel verwendet

Cannabis und die Entwicklung des jugendlichen Gehirns

Starker Cannabiskonsum wurde häufig mit einer erhöhten Rate an psychischen Erkrankungen und kognitiven Beeinträchtigungen in Verbindung gebracht, insbesondere bei Jugendlichen. Die neurobiologischen Prozesse, die diesen Assoziationen zugrunde liegen, sind jedoch noch nicht gut erklärbar. In diesem Aufsatz diskutieren wir die Ergebnisse von Studien, die die akuten und chronischen Auswirkungen des Cannabiskonsums auf das Gehirn untersuchen, mit besonderem Schwerpunkt auf den Auswirkungen der Anwendung während der Pubertät. Die Anhäufung von Beweisen aus Tier- und Humanstudien legt nahe, dass eine regelmäßige starke Einnahme während dieses Zeitraums mit schwerwiegenden und hartnäckigeren negativen Ergebnissen verbunden ist als die Verwendung im

Erwachsenenalter, was darauf hindeutet, dass das jugendliche Gehirn möglicherweise besonders anfällig für die Auswirkungen einer Cannabis-Exposition ist. Da das Endocannabinoidsystem eine wichtige Rolle bei der Entwicklung des Gehirns spielt, ist es plausibel, dass ein längerer Gebrauch während der Adoleszenz (Endphase des Jugendalters, Anm.) zu einer Störung der normativen neuromaturativen Prozesse während dieser Zeit führt. Wir identifizieren synaptisches Beschneiden und die Entwicklung der weißen Substanz als zwei Prozesse, die durch Cannabis-Exposition während der Pubertät beeinträchtigt werden können. Potentiell können Veränderungen in diesen Prozessen den kognitiven und emotionalen Defiziten zugrunde liegen, die mit einem regelmäßigen Gebrauch in Verbindung gebracht wurden, der im Jugendalter einsetzt.

<https://www.ncbi.nlm.nih.gov/pubmed/25460036>

Ergänzung:

Cannabis schadet der Entwicklung des Gehirns von Ungeborenen, Kindern und Jugendlichen, stört Lernprozesse und Entzugssymptome können heftig sein.

Besonders gefährdet durch Cannabis scheinen Kinder und Patienten mit Diabetes-1 (Ketoazidose) zu sein. **Derzeit ist Nikotin die weitaus gefährlichste Droge, denn dieser legalisierte Suchtgifthandel und die Korruption vergiften auch die Gesellschaft.** Aber die Freigabe von Cannabis würde eine Industrie schaffen, die ähnlich skrupellos vorgeht wie die Tabakindustrie. Deshalb sollte Cannabis nur nach ärztlicher Verordnung (z.B. bei schwer therapierbaren Schmerzen) auf Suchtgiftrezept abgegeben werden!

Univ.-Prof. Dr. Manfred Neuberger

Probleme mit Tabak ab 18?

Innerhalb von drei Tagen haben 578 Trafikanten an einer Umfrage teilgenommen. 406 oder 70 Prozent haben mit der Anhebung des Jugendalters kein Problem. Grob jeder dritte Trafikant leidet jedoch unter den neuen Vorschriften – und zwar häufig finanziell wie emotional.

Die Ausweiskontrolle im Geschäft sehen 40 Prozent als das größte Problem, weil sie zu unangenehmen Situationen und erhöhtem Zeitaufwand führt, für ein gutes Drittel ist der Zigarettenautomat die größte Problemquelle. Jeder vierte Teilnehmer sieht beide Aspekte als Totengräber seiner Umsätze.

TrafikantenZEITUNG, 20.2.2019

Derzeit wird viel über Cannabis diskutiert. Schon ein Joint soll im Gehirn von Jugendlichen Veränderungen verursachen, besagt eine aktuelle US-amerikanische Studie. Geht es so schnell?

Kurosch Yazdi: Tatsächlich gibt es Erkenntnisse, die darauf hinweisen, dass der Konsum von Cannabis vor dem 25. Lebensjahr nachhaltig schädlich ist. Erst dann ist das Gehirn ausgereift. Gerade starke Nutzer riskieren vor diesem Alter eine Schädigung. Für schwache Konsumenten, also jene, die nur einen Joint rauchen, gibt es aber noch zu wenig vergleichbare Studien.

Reagiert jeder Mensch gleich auf Cannabis oder gibt es Dispositionen?

Yazdi: Bei Menschen mit einer Veranlagung für psychotische Erkrankungen wie Schizophrenie kann diese eher ausbrechen, wenn Cannabis konsumiert wird. Und dazu kommt noch die Häufigkeit. Es macht natürlich einen Unterschied, ob ich dreimal am Tag oder einmal im Jahr einen Joint rauche.

Kann ich Veranlagungen für psychotische Erkrankungen vorherbestimmen?

Yazdi: Nein. Die genetischen Prädispositionen sind nicht auf ein Gen zurückzuführen, wie zum Beispiel die Haarfarbe. Es ist zu komplex. Das Ganze bedeutet übrigens nicht, dass Menschen ohne Veranlagung nicht auch Psychosen bekommen können.

Das heißt, Cannabis löst auf jeden Fall Psychosen aus?

Yazdi: Die Vorfälle haben sich in den letzten Jahren gehäuft. Deswegen gibt es bei uns jetzt eine eigene Cannabis-Gruppe. Hierher kommen Patienten, die aufgrund des Konsums an Verfolgungsängsten leiden, die auf eine Schizophrenie hindeuten, oder auch massive Antriebslosigkeit haben bis hin zur Depression.

Wie wirkt Cannabis?

Yazdi: Zwei Inhaltsstoffe sind entscheidend. Einer ist die psychoaktive Substanz Tetrahydrocannabinol, kurz THC genannt. Das ist die eigentliche Droge. Sie macht psychotisch, aber auch high. Und dann wirkt noch ein anderer Stoff, das Cannabidiol, das unter CBD bekannt ist und das man in minimaler Dosierung etwa in Ölen im Hanf-Shop kaufen kann. Das könnte man den gesunden Teil nennen. Es macht nicht high und kann

Cannabis

bei Nervenschmerzen, wie einem Bandscheibenvorfall, positiv wirken.

Hat sich der Stoff verändert?

Yazdi: Ja massiv und das macht ihn so gefährlich. In den 60er-Jahren wurde Cannabis mit einem THC-Gehalt von rund ein bis zwei Prozent und 0,5 Prozent Cannabidiol geraucht. Durch gezielte Züchtungen, die den Konsumenten lange high machen sollen, hat sich das geändert. Seit den 2000ern steigen die Werte an. Zum Beispiel „Skunk“, eine hochgezüchtete Form des Cannabis, beinhaltet heute 15 bis 20 Prozent THC und so gut wie kein Cannabidiol. Das ist doppelt fatal. Das schädliche THC ist viel höher und das CBD, das wahrscheinlich psychosenshemmend wirkt, zu gering.

Die „weiche Droge“ Hasch ist also Vergangenheit?

Yazdi: Der Begriff ist Quatsch. Nikotin ist in Österreich die gefährlichste Droge. An den Rauchinhaltsstoffen sterben jährlich rund 15.000 Menschen, an Heroin circa 150. Und jetzt will mir wohl keiner sagen, dass Nikotin eine harte Droge ist? Die Begriffe weiche und harte Drogen sind völlig sinnfrei. Wir sollten sie weglassen. Fakt ist, dass Kiffen viel gefährlicher geworden ist, weil bestimmte Cannabis-Sorten viel mehr psychoverstärkend wirken.

Spricht die Entwicklung gegen eine Legalisierung?

Yazdi: Es ist nicht meine Aufgabe, das zu beurteilen. Das ist eine politische Frage. Ich bin gegen die Verharmlosung. Es herrscht sehr viel Halb- und Falschwissen. Eines muss klar sein: Sobald legalisiert wird, kommen Unternehmen, die den Markt nutzen und auch möglichst starkes Cannabis anbieten werden. Was dann passiert, kann man zum Beispiel in Colorado in den USA sehen. Dort gibt es seit der Legalisierung im Jahr 2014 einfach mehr Suchtkranke. Das lässt sich nicht ignorieren.

Sind die psychotischen Auswirkungen von Cannabis eigentlich therapierbar?

Yazdi: Es gibt eine Intoxikationspsychose, also eine Psychose, die wirkt, solange man den Cannabis-In-

haltsstoff THC im Körper hat. Das ist weniger dramatisch. Bleibt die Psychose auch, wenn das THC abgebaut ist, spricht man im Volksmund von „hängen bleiben“. Das ist natürlich kein medizinischer Fachausdruck, aber man kann sich etwas darunter vorstellen. Es hat sich also eine Psychose manifestiert.

Was bedeuten Ihre Erkenntnisse für die Nutzung von Cannabis in der Medizin?

Yazdi: Das ist genau so ein Feld, auf dem viel Unwissenheit herrscht. Cannabis wird schon in der Medizin eingesetzt und ist in Österreich in drei Medikamenten enthalten. Nur werden diese nicht von den Kassen bezahlt, aber das ist eine andere Debatte. Der Joint auf Rezept ist Blödsinn. Wie sollte ein Arzt die Dosierung auch anleiten? Die moderne Medizin verschreibt so exakt, um möglichst wenige Nebenwirkungen zu erhalten. Das geht bei einem Joint einfach nicht.

Das Interview führte

Andrea Wieser

Tiroler Tageszeitung 24.1.2019

Kurosch Yazdi ist Vorstand der Psychiatrie mit Schwerpunkt Suchtmedizin des Kepler Universitätsklinikums Linz. Er nimmt regelmäßig zu Drogen-Debatten Stellung. Unter anderem mit seinem Buch „Die Cannabis-Lüge - Warum Marihuana verharmlost wird und wer daran verdient“ (Schwarzkopf & Schwarzkopf).

Genauso wie Eltern ihre Kinder lehren müssen, nur bei Grün über die Straße zu gehen, müssen Eltern ihre Kinder lehren, nicht mit dem Rauchen anzufangen!
Birgit Kübler

Wenn wir nicht immer auf das Ziel, nämlich die e-zigaretten- und tabak-nikotindrogenfreie Gesellschaft / Welt hinweisen und es stets fordern, machen wir uns durch Mitwirkung an politischen Entscheidungsprozessen selbst zu einem Teil dieses Tabak-Nikotindrogen-systems!
Dr. Helmut Weber

Krebserzeugende Substanzen im Tabakrauch

Tabakrauch ist ein Gemisch aus Tausenden von Substanzen, darunter 90 Stoffe, die nachgewiesenermaßen Krebs erzeugen (Kanzerogene) oder die im Verdacht stehen, Krebs zu erzeugen. Kanzerogene sind Stoffe, die zu einer vermehrten Entstehung von Tumoren oder Leukämien als Folge einer einmaligen oder wiederholten Einwirkung führen. Viele Kanzerogene bewirken eine Schädigung der DNA, was zu einer irreversiblen Mutation der betroffenen Zelle führen kann. Darüber hinaus addieren sich die im Tabakrauch vorhandenen Kanzerogene und Co-Kanzerogene in ihrer Wirkung oder potenzieren sich sogar.

Für DNA-mutagene Stoffe können Schwellenwerte nicht definiert und begründet werden. Es lässt sich experimentell nachweisen, dass eine von einem Kanzerogen ausgelöste Primärveränderung irreversibel ist und zu einem bleibenden Erbgutschaden führt.

Auf weltweiter Basis wird die Bewertung kanzerogener Risiken verschiedener Stoffe durch die wissenschaftlich unabhängige International Agency for Research on Cancer (IARC) der Weltgesundheitsorganisation vorgenommen. In Deutschland überprüft die MAK-Kommission der Deutschen Forschungsgemeinschaft (DFG) regelmäßig Stoffe, die in Verdacht stehen, Krebs zu erzeugen, und stuft sie in entsprechende Kategorien ein. Auch in anderen Ländern klassifizieren unabhängige Institutionen Substanzen nach ihrer Toxizität und Kanzerogenität. Da jedes Jahr weitere im Tabakrauch enthaltene Substanzen als krebserzeugend eingestuft werden, ist die Liste nie vollständig. Sie enthält nur diejenigen Substanzen, die bisher von der IARC oder der DFG als krebserzeugend oder möglicherweise krebserzeugend klassifiziert wurden. Es ist damit zu rechnen, dass in den kommenden Jahren weitere Substanzen aus dem Tabakrauch als krebserzeugend klassifiziert werden.

Deutsches Krebsforschungszentrum

Jugendschutz - Schmuggel - Tabaksteuer

Jugendschutz als Lippenbekenntnis?

Das Mindestalter für Zigarettenkauf wurde 2019 von 16 auf 18 Jahre erhöht (zuletzt im Februar in OÖ und Wien, in Salzburg ab 1. März). Die Dealer werden durch keine unabhängige Stelle kontrolliert und die jugendlichen Raucher erhalten keine Strafmandate: „Wir brauchen eine Rechtsgrundlage für Identitätsfeststellungen. Rauchen unter 18 erfüllt keinen Straftatbestand“, so ein Polizeisprecher. Jugendschutz als Lippenbekenntnis? Als Feigenblatt, nur um von der Verschlechterung des Jugendschutzes in der Gastronomie abzulenken? Versagen der Bundesregierung: Weiter keine Testkäufe zur Alterskontrolle aus Mitteln der Tabaksteuer und keine Abschaffung der Zigarettenautomaten, deren elektronische Alterskontrolle versagte. Weiter hemmungslose Tabakwerbung in und um Trafiken und auf Zigarettenautomaten. Mit Comic-Heften, Spielzeug, Naschereien, Softdrinks, etc. werden Kinder angelockt und schutzlos der Tabakwerbung und dem Tabakrauch ausgesetzt. Weiter Gratiszigaretten bei Einführung neuer Sorten.

Führen höhere Tabaksteuern zu mehr Zigaretten Schmuggel?

Nicht wenn der Finanzminister einen kleinen Teil seiner Tabaksteuereinnahmen in die Zollfahndung investiert, deren gesetzliche Grundlage allerdings in Österreich noch verbes-

sert werden muss. In Italien hat ein besseres Tabakgesetz und ein höherer Zigarettenpreis zur Abnahme des Tabakkonsums bei Jugendlichen geführt, wobei Schmuggel, Internet und geschenkte Zigaretten mit 6,9% nach wie vor keine wesentliche Rolle spielen. Die Tabakindustrie fordert eine Senkung der Tabaksteuer, angeblich um den Schmuggel einzudämmen, beliefert aber den Schwarzmarkt selbst und manipuliert Daten und Presseberichte zum Schmuggel. Daten der Tabakindustrie zum illegalen Handel sind gefälscht. **Der Kampf gegen Tabaksmuggel ist mit der Tabakindustrie nicht zu gewinnen, sondern nur gegen sie.** Auch mit anderen Methoden versucht die Tabakindustrie, Steuererhöhungen zu unterlaufen.

Tabaksteuererhöhung

Von der Weltbank und der WHO wurde eine Tabaksteuererhöhung und strengere Tabakgesetze als die kostengünstigsten Interventionen empfohlen, sowie die Bekämpfung des Schmuggels. Eine Studie in 52 Ländern bewies die Zusammenhänge zwischen Zigarettenpreis und -konsum und eine Studie in 18 EU-Ländern bestätigte, dass hohe Tabaksteuern und strenge Tabakgesetze mit Werbeverboten und Nichtraucher-schutz (Tobacco Control -Score) mit höheren Aufhorraten einhergehen, sogar bei niedrigem Bildungsgrad. Höhere Zigarettenpreise führten

nicht zu mehr Schmuggel, sondern nur schlecht kontrollierte Grenzen (zu Russland, Ukraine, Weißrussland, Moldavien). Leider sind Bemühungen der EU zur Anhebung und Harmonisierung der Tabaksteuern bisher nur zaghaft. Solange die Herkunft jeder Zigarettenpackung nicht aus einem Barcode ablesbar ist und noch Codentify (ein System von P. Morris) benützt wird, werden Zollfreilager weiterhin als Drehscheiben des Zigaretten-smuggels dienen. Tabakbauern und ihre Kinder werden vom Tabakkartell schamlos ausgebeutet. Dazu kommt der Raubbau an der Natur. Beides wird vom Tabakkartell weiter betrieben, während es soziale Verantwortung heuchelt.

Univ.-Prof. Dr. Manfred Neuberger

Zahlschein für Jugendaufklärung

Dieser Ausgabe wird wieder ein Zahlschein für die Jugendaufklärungsarbeit beigelegt. Konto **AT88 1100 0008 9533 5802** (Bank Austria). Dank Ihrer Spende erhalten Schulen die Nichtraucher-Zeitung (NRZ) plus Plakat, siehe Seite 3. Unsere Materialien tragen zum positiven Image für das Nichtrauchen bei. Schulen erhalten diese gegen Portogebühr auch in größeren Mengen, soweit der Vorrat reicht. Bitte anfordern und verteilen! Danke!

Für wen oder was soll Gesundheit bedrohlich sein? Jeder Mensch wünscht sich, gesund zu sein. Wenn die Gesundheit mal abhanden kommt, dann sind alsbald fleißige Helfer zur Stelle. Ihre Profession ist es, der Gesundheit zu dienen. Warum sollen sie dann von ihr bedroht werden?

Unser Gesundheitssystem ist topfit. Seine wirtschaftliche Basis sind die Kranken, die mit hohem Aufwand so gut es geht kuriert werden. Das Geschäft läuft aber nur dann gut, wenn genügend neue Aufträge hereinkommen. Noch ist die Auftragslage ausgezeichnet. Das System hat einen zuverlässigen Geschäftspartner: Die Tabakdrogenindustrie sorgt für mehr behandlungsbedürftigen Nachschub als jeder andere Zweig unserer Gesellschaft. Diese Symbiose läuft zu voller Zufriedenheit beider Partner.

Eine typische Win-Win-Situation: Das Gesundheitssystem erwirtschaftet bereits 12 bis 18 Prozent des deutschen Bruttoinlandsprodukts. Es ist damit einer der größten Wirtschaftsfaktoren. Die Tabakdrogenindustrie macht Gewinne wie kaum ein anderer Wirtschaftszweig. Für den Fiskus fallen davon jährlich etwa 14 Milliarden Euro an Steuern an. Die jährlichen Folgekosten betragen nach neuesten Schätzungen etwa 100 Milliarden Euro. Für die wird jedoch die Allgemeinheit zur Kasse gebeten und nicht etwa der Verursacher oder gar der Fiskus. Der einfache Bürger also gehört nicht zu den Gewinnern. Für ihn erhöhen sich nur die Beiträge und Abgaben, egal, ob er raucht oder nicht.

Was wäre, wenn sich die Gesundheit der Bürger dramatisch verbesserte, wenn also wesentlich weniger Kranke vor der Tür ständen? Dann ständen die Geschäftspartner im vereinten Krankheitssystem vor einem Riesenproblem. Weniger Kranke bedeuten für den Gesundheitssektor weniger Aufträge, weniger Einnahmen und den notwendigen Abbau seiner gewinnträchtigen Kapazitäten. Weniger Kranke gibt es vor allem dann, wenn weniger oder gar nicht mehr geraucht würde. Für den Tabakdrogenesektor eine Horrorvision. Bislang sorgt dieser für den beträchtlichsten Teil schwerwiegender chronischer Krankheiten. Er ist damit für den Ge-

Bedrohliche Gesundheit

sundheitssektor der wichtigste Zulieferer.

Eine rundum verbesserte Gesundheit bedroht also zwei der wichtigsten Wirtschaftsfaktoren eines profitorientierten Gesellschaftssystems. Möglicherweise finden wir hier den Grund für den Schmusekurs der Regierenden gegenüber der Tabakdrogenindustrie. Gesundheit schmälert die Profite der Unternehmen und damit auch die Steuereinnahmen des Fiskus. Das Karussell von Krankheit verursachen und Krankheit heilen hält die Profitwirtschaft in Schwung, obwohl es alles andere als gesellschaftlichen Wohlstand produziert.

Wahrscheinlich deshalb wird der Tabakdrogengebrauch als die bei weitem höchste vermeidbare Gefährdung von Gesundheit und Leben als beinahe harmlos propagiert. In der öffentlichen Darstellung spielen die etwa 140 000 frühzeitig Verstorbenen jährlich allein in Deutschland infolge des Tabakkonsums so gut wie keine Rolle. Die etwa 2 000 Todesfälle durch illegale Drogen dagegen werden als nationale Katastrophe wirksam angeprangert. Unter den Suchtstoffen wird Alkohol und illegalen Drogen öffentlich der Kampf angesagt. Tabakdrogen werden überhaupt nicht oder nur am Rande erwähnt. Warum eigentlich?

Tabakdrogen wirken im Unterschied zu anderen Suchtstoffen unauffällig. Gelitten und gestorben wird im Verborgenen, oft erst nach Jahren oder Jahrzehnten. Das von ihnen produzierte Klientel behandlungsbedürftiger Patienten und die überaus zahlreichen frühzeitigen Todesfälle unter ihnen werden dann nicht mehr mit dem Tabakdrogengebrauch in Zusammenhang gesehen. Der Feind bleibt unsichtbar und kann unbehelligt sein Zerstörungswerk fortsetzen. Die Politik sieht keinen Anlass, tätig zu werden.

Wir aber schon. Schließlich geht es um die gesunde Zukunft künftiger Generationen. Durch den Kontakt mit Tabakdrogengiften werden nahe-

zu alle Kinder in ihrer körperlichen und geistigen Gesundheit mehr oder minder geschädigt. Es geht aber auch um die Zukunft unseres Planeten. Seine Gesundheit ist durch menschliches Verhalten bereits seit langem bedrohlich angegriffen. Eine erhebliche Rolle spielt dabei der Tabakdrogenesektor. Durch Entwaldung, Pestizide, Feinstaub, Mikroplastik und Gifteintrag in Boden und Gewässern hat er die Natur bereits ruiniert, wie Experten betonen.

Die nicht hinnehmbaren Gefahren für Mensch und Umwelt erfordern ein unverzügliches entschlossenes Handeln der Verantwortlichen ohne Rücksicht auf schäbige Profitinteressen. Gesundheit ist keine Bedrohung, sondern ein unveräußerliches Menschenrecht. Ihr Schutz sowie der Schutz unserer Umwelt sind im Interesse unserer Zukunft und der unserer Kinder ein absolutes Gebot. Ein sofortiges Verbot des Anbaus, der Verarbeitung, Vermarktung und des Gebrauchs von Tabakdrogen ist dabei eine unverzichtbare Forderung an die Politik, um weitere gravierende Folgen zu vermeiden.

Die Sorge um ihre Zukunft treibt die heranwachsende Generation bereits zu wirksamen Maßnahmen. Initiiert durch die schwedische Schülerin Greta Thunberg protestieren weltweit tausende Schüler und Studenten entschieden gegen die sinnlose Zerstörung der Welt, in der wir alle leben. "Jetzt und nicht übermorgen müsst ihr handeln! Ihr sollt nicht nur unser Engagement gutheißen, sondern selbst politisch wirksam werden!" Wenn das System nicht die Situation verändern kann oder will, dann muss eben das System verändert werden, setzen die Demonstranten nach.

Unseren jugendlichen Aktivisten muss aber noch gesagt werden: **Ohne eine wirksame Ächtung der Tabakdrogen ist ein wirksamer Umweltschutz nicht möglich.** Außerdem würdet ihr euch ohne sie eine gesunde Zukunft verbauen. Schließt das in euren Protest ein!

Dr. Wolfgang Schwarz

Achtung!

Die Nichtraucher-Zeitung wird auch 2020 weiterhin als Druckausgabe erscheinen, sofern wir finanziell dazu in der Lage sind.

Leserbriefe

Wieso gilt Rauchen nicht als Körperverletzung?

Jede Art und Weise, auf welche die Gesundheit eines anderen Menschen gefährdet bzw. geschädigt wird, ist der Definition nach doch Körperverletzung. Wieso um Himmels Willen ist dann Rauchen in der Öffentlichkeit, auf der Straße, im Freien nicht verboten, wenn doch durch das Passivrauchen andere Menschen geschädigt werden?

Konkreter Anlass: Ich bin mit meiner Tochter im Kinderwagen unterwegs, sitze in einem Lokal im Freien, und rundherum sitzen Menschen, die unverschämt und dreist mit Blick auf mein Baby sich eine Zigarette anzünden. Da das Baby wahrgenommen wird, kann also von Vorsätzlichkeit und Absicht gesprochen werden. Wieso bitte kann ich diese Menschen nicht anzeigen? Wieso gilt Rauchen nicht als Körperverletzung? Wenn ein Mensch einen anderen auf andere Weise körperlich schädigt, etwa auf diesen einschlägt, dann ist das doch auch Körperverletzung! Und wenn es Suchtpersönlichkeiten an Anstand, Menschlichkeit, Benehmen und Kultur fehlt, dann muss das Gesetz solche Dinge regeln. Daher nochmals: Wieso darf ein Mensch meinem Baby Rauch ins Gesicht blasen (und ich darf demjenigen dafür keine reinhauen) und kann dafür nicht zur Rechenschaft gezogen werden?

Es ist unbegreiflich, dass bei heutigem Kenntnisstand um die Giftigkeit und Schädlichkeit des Tabakrauches, Nichtraucher und Kinder nicht deutlich mehr gesetzlich geschützt werden. Einzig richtig ist nämlich:

Niemand darf irgendwo gegen seinen Willen Tabakrauch ausgesetzt werden an Orten, wo er sich aufhalten darf. Kinder, Jugendliche und andere Schutzbefohlene dürfen auch mit deren Genehmigung keinem Tabakrauch ausgesetzt werden. Dies gilt in geschlossenen Räumen wie im Freien.

Internet

Umdenkungsprozess

Der Erfolg unserer Arbeit liegt im Wesentlichen darin, eine Bewusstseinsveränderung in der Gesellschaft zu bewirken. Das bedeutet nicht, dass dies aktuell im Tagesgeschäft sofort zum Erfolg führt. Dies kann es gar nicht im festgefügtten und vernetzten Tabak-Nikotindrogensystem, das beim täglichen Drogengebrauch (Alkohol und Nikotin) Normalität und etwas Positives vorgaukelt. Das sind Strukturen, die über sehr lange Zeit mit viel Geld bzw. Bestechung und Werbung (z.B. „Mild“, „Genuss“ usw.) entstanden sind. So eine Gehirnwäsche bekommt man nicht sofort aus den Köpfen heraus.

Es geht daher um einen Umdenkungsprozess in der Bevölkerung, der sehr lange dauert. Ein nicht unwesentlicher Teil ist bereits geschafft!

Wir sind zwar wenige und haben nicht das Geld der Drogenindustrie und haben auch keine massenhaften Helfer, wie wir sie bei wesentlich geringeren Risiken in den täglichen Nachrichten als Protestbewegung sehen, haben aber mit Sicherheit einen Anteil am bereits erfolgten positiven Bewusstseinswandel.

Wir befinden uns mit unserer Forderung zum Schutz aller Menschen auf der einzig richtigen gesundheits- und lebensbejahenden Seite. Das ist Präventionsarbeit im besten Sinne des Wortes, die sich leider nicht messen lässt. Die Lorbeeren fahren andere (Politiker) ein, die auf diesem geänderten Nährboden angepasst und opportunistisch dann später ihr Handeln ausrichten.

Wir mit der Vision und dem Ziel sind die Realisten, weil uns bewusst ist, dass wir im Tagesgeschäft derzeit wenig erreichen, aber den Boden für spätere Entscheidungen vorbereiten.

Wir haben also noch einen sehr langen und steinigen Weg vor uns, was man daran sieht, dass grundsätzliche Positionen und daraus resultierende Handlungsrahmen / Leitlinien nicht einmal in unseren eigenen Reihen von allen verstanden oder umgesetzt werden.

Also, arbeiten wir unbeirrt an unseren internen und externen Problemen weiter, bis wir oder unsere „Nachfahren“ hier und dort das Ziel einer rauchfreien Gesellschaft erreicht haben.

Dr. Helmut Weber

Können Luftfilter ein Rauchverbot ersetzen?

Nein. Diese Geräte beseitigen nur sichtbare Rauchschwaden, reduzieren feine Rauchpartikel aber ungenügend. In Gaststätten dringt dieser Fein- und Ultrafeinstaub aus dem Raucherraum in benachbarte Räume vor. In der Regel ist schon der Luftdurchsatz von Luftreinigungsgeräten unzureichend. Weiters müssten Filter ständig gewechselt werden. Eine wesentliche Fraktion des gefährlichen Nebenstromrauches wird kaum reduziert: Die schädlichen Gase (z.B. Benzol). **In der Gasphase ist der Anteil gefährlicher Radikale im Nebenstromrauch höher als im Hauptstromrauch.** Auch im Flugzeug können Klimaanlage die verbrauchte Luft nicht reinigen: Von den lungengängigen Staubteilchen stammen in der Raucherzone 95% und in der Nichtraucherzone 85% aus der Zigarette. Selbst teure Lüftungsanlagen schaffen keine rauchfreien Räume, sondern nur Rauchverbote. Das bewiesen sowohl Feldstudien in Gasthäusern wie Experimente in großen Klimakammern. In Finnland hat der Versuch versagt, Nichtrauchersektionen in Gasthäusern besser zu belüften. In Bayern erhielt der „technische Nichtraucherenschutz“ ein Staatsbegegnis. Aus dem österreichischen Arbeitnehmerschutzgesetz wurde im §30 die Belüftung mit der Begründung gestrichen, dass sie die Gesundheitsschäden durch Passivrauchen nicht verhindern kann.

Univ.-Prof. Dr. Manfred Neuberger

Erinnerung

2008 gab es einen Gesetzesvorschlag zur rauchfreien Gastronomie. Nach massiver Intervention durch die Gastronomievertreter gab es einen Kompromiss und die Abtrennung wurde auf Wunsch der ÖVP beschlossen. Sehr teuer für die Wirte, aber nicht sehr effektiv, wie Messungen von Neuberger und Tappler ergaben.

Im Mai 2015 wurde als eines der letzten Länder Europas ein absolutes Rauchverbot in der Gastronomie beschlossen, mit einer dreijährigen Übergangsfrist.

Bei der Nationalratswahl am

15.10.2017 hat eine Partei, die von 26% der Wählerstimmen (20,5% der Wahlberechtigten) gewählt wurde, die Aufhebung des Rauchverbots gefordert. Über 74 % der Wähler haben Parteien (incl. neue ÖVP) gewählt, die sich für die Beibehaltung des absoluten Rauchverbots ab 1.5.2018 ausgesprochen haben.

Plötzlich vergisst der Wahlsieger sein Versprechen. **Die Minderheit der 26% Wählerpartei macht eine Gesundheitsfrage zur Koalitionsbedingung.** Der Koalitionspakt mit Klubzwang verdreht den Wählerwillen und entmündigt die Abgeordneten. Man nimmt in Kauf, dass weiterhin über 13.000 Raucher pro Jahr sterben werden. Aktive Tabakpolitik im Sinne der vorzeitig sterbenden Raucher sieht anders aus.

Vergessen werden die über 50% dissonanten Raucher, die bereits das Rauchverbot in der Mehrheit begrüßen. Die Gastronomie in den Essenslokalen hat bereits aus finanziellen Interessen die Zeichen der Zeit erkannt. Schwierig ist es in Fortgehllokalen. Wo finden 17-Jährige eine rauchfreie Diskothek, wo ein rauchfreies Pub? Wie schaut es in den Dorfwirtschaften aus? Was macht ein lungenkranker Wirt am Land, wenn er weiter im doppelten Sinn überleben will?

Die Expertenrunde im Gesundheitsausschuss hat sehr klar gezeigt, dass weder ÖVP noch FPÖ Gesundheitsexperten haben.

Die Parteien sollen ihre Versprechen ernst nehmen und nicht stupide auf einen Koalitionspakt verweisen, der NICHT dem Wählerwillen entspricht.

Dr. Kurt Roitner

Politik-Abneigung

Sehr geehrter Herr Rockenbauer! Ihr Engagement zu dem jahrelang geführtem Kampf hinsichtlich NICHTRAUCHERSCHUTZ kann ich nur bewundern und ist in Anbetracht unsere eingebildeten Politiker auch notwendig.

Das Problem liegt eigentlich nur bei einzelnen Politikern, die am Stammtisch bei Ihren Saufkumpanten damit angeben können, dass sich die österreichische Politik „von Einzelpersonen konstruieren“ lässt!

Politiker, die sich um Gesundheit und Lebenserhalt der Bevölkerung

nicht bemühen, gehören entfernt!

Meine Abneigung zur Politik hat sich ergeben, als diese den Nichtrauchererschutz nicht für notwendig befunden hat!

Siegfried Ott

VfGH unschlüssig?

Das Urteil des Verfassungsgerichtshofs wurde bereits zwei Mal verschoben, ich denke nicht, dass die Entscheidung besonders schwierig ist.

- Durch das fehlende Rauchverbot haben Lungenkranke, Herzkranke, Kinder, Jugendliche, Schwangere, aufhörwillige Raucher und das nicht-rauchende Gastronomiepersonal einen erheblichen Nachteil. Es ergibt sich außerdem eine Wettbewerbsverzerrung unter den Gastronomiebetrieben.

- Natürlich könnten Nichtraucher allen Lokalen fernbleiben, aber das hieße auf einen wesentlichen Teil des normalen sozialen Lebens zu verzichten. Abendlokale, Musik- und Tanzlokale, Landgasthöfe haben so gut wie immer einen Raucherbereich und einen Mitraucherbereich (= nicht sauber getrennter Nichtraucherbereich) oder sie ignorieren das Gesetz gleich vollständig.

- Im Falle eines Rauchverbotes haben Raucher keinen wesentlichen Nachteil, da sie alle Räume weiterhin aufsuchen können, auch wenn von der Ministerin das Gegenteil behauptet wurde, lediglich zum Rauchen müssen sie kurz raus. Dieser minimale Nachteil, wird durch den gesundheitlichen Zugewinn mehr als aufgewogen.

- Man kann auch nicht sagen, dass die Faktenlage dünn wäre.

- Dass Passivrauch schädlich ist, wurde dem VfGH von Experten dargelegt.

- Dass das jetzige Gesetz nicht funktioniert und auch Nichtraucher-

bereiche mit Passivrauch belastet sind wurde bereits mehrfach nachgewiesen.

- Außerdem reicht dafür die eigene Nase und das Lesen des Gesetztextes. Das hätte jeder Richter mühe-los selbst feststellen können.

Wenn es nun trotzdem keine Entscheidung gab, dann drängt sich die Vermutung auf, dass man die Entscheidung hinauszögern möchte. Vielleicht wartet der Verfassungsgerichtshof auf die Entscheidung des Gesundheitsausschusses und der Gesundheitsausschuss auf die Entscheidung des Verfassungsgerichtshofs. **Man will das Volk nicht enttäuschen und man will nicht gegen die Regierung entscheiden. Also macht man einfach mal nix!**

Das ist mehr als traurig.

Dr. Stefan Strasser

Indien Vorbild

Ich war vier Wochen in Indien. Im ganzen Land ist seit über 10 Jahren überall das Rauchen verboten. Ich sah auch keinen einzigen Zigarettenstummel liegen und auch keinen einzigen Menschen, der eine Zigarette rauchte! In einem Land, wo mehr als die Hälfte der Menschen nicht lesen und schreiben kann! Und unsere „Obergescheiten“, die alle um die Schädlichkeit des Rauchens genauestens Bescheid wissen, ignorieren das!

Helga Weiss

Nichtrauchen ist Umweltschutz

Tausende Schülerinnen und Schüler boykottieren am 15.3.2019 den Unterricht in Sachen Umweltschutz.

Wir bieten denen ein neues Thema: NICHTRAUCHEN ist IN. Wir möchten leben und nicht siechen!

C.harlyPiepers

CHRISTLICHE BUCHHANDLUNG

Robert Rockenbauer

6020 Innsbruck, Haller Straße 3 (Mühlauer Brücke)
Montag - Freitag, 10 - 12.30 Uhr und 15 - 18.15 Uhr

Große Auswahl - Beste Beratung

Parkplätze in der Ladezone vor dem Geschäft

Tel. 0664/9302958, Fax 0512/268025 • www.alpha2000.at/christ-buch

seit
1991

Das Tabak-Nikotindrogengas ist weltweit der Risikofaktor Nr. 1

- 1 Zigarette produziert 500 Mikrogramm Feinstaub!
- 3 gerauchte Zigaretten erzeugen mehr Feinstaub als ein moderner Dieselmotor bei 30minütigem Leerlauf!
- Für 1 kg Tabak werden 160 kg Holz verbrannt!
- Der durchschnittliche Raucher verpafft alle 3 Monate einen Tropenbaum!
- Jährlich werden für den Tabakanbau 1,2 Millionen Hektar Bäume gerodet!
- 1 Liter Tabakrauch enthält 10.000 Mal mehr Schadstoffe als 1 Liter Luft eines Verkehrsknotenpunktes einer Großstadt!
- Im Tabakrauch befinden sich 4.800 verschiedene Substanzen, davon 250 hochgiftige und 90 krebserregende wie Nikotin, Teer, Quecksilber, Nitrosamine, Salpetersäure, Benzol, Benzpyren, Polonium 210, Plutonium, Dioxine, Blei, Akrolein, Kohlenmonoxid, Acetaldehyd, Blausäure, Cyanid, Ammoniak, nur um ein paar wenige zu nennen!
- Passivrauch ist 100 Mal gefährlicher als Asbest!
- 4 von 5 Lungenkrebstoten sind auf Rauchen zurückzuführen!
- 1 Kippe vergiftet 40 Liter Wasser!
- 1 verschluckte Kippe eines Kleinkindes bedeutet dessen Tod!
- Tabakrauch begünstigt 20 verschiedene Arten von Krebs!
- 1 Jahr Rauchen verursacht 150 Mutationen pro Zelle!
- Rauchen ist Nötigung (StGB § 240)!
- Bereits die geringste Menge Tabakrauch (DKFZ) schadet Rauchern wie auch Nichtrauchern!
- Zwangsberauchung erfüllt den Tatbestand vorsätzlicher Körperverletzung!
- Jede brennende Zigarette ist eine chemische tödliche Waffe gegen die Gesundheit!
- Rauchen ist Krieg gegen das Leben!

Zusammengestellt von Richard Hagenauer

1. Nichtraucher-Wohnprojekt Österreichs

In 1220 Wien, Otterweg 22, entsteht das 1. Nichtraucher-Wohnprojekt. Baubeginn ist Sommer 2019 - Fertigstellung Ende 2020.

6 Wohnungen von 57 m² bis 128 m² und 4 Stellplätze.

Geplant ist nur **Eigentum** - keine Miete und es wird ein **NICHT-RAUCHERWOHNHAUS** - das gilt für das gesamte Wohnhaus inklusive dem kompletten Grundstück. Es wird eine schriftliche vertragliche Verpflichtung für ein **ABSOLUTES RAUCHVERBOT** geben - das gilt für Käufer, Eigentümer, Besucher, Handwerker, Erben, Rechtsnachfolger etc., d.h. IMMER für ALLE, die sich auf dem Grundstück befinden.

Sie können Ihr unverbindliches Interesse anmelden unter:

Dirket vom Bauträger Herbert Schubert office@schubert-bau.at oder Grundstückseigentümer & Initiator Herbert Brenner Licht-Therapie@gmx.eu, Telefon 0676 379 9000.

„Österreicher sind Lulus beim Nichtraucherschutz“

Die Häufigkeit von Lungenkrebskrankungen – sie treffen vor allem Raucher – steige in Österreich immer weiter an, sagt der Wiener Lungenkarzinom-spezialist **Maximilian Hochmair**: „Wir sind die absoluten Lulus, was den Nichtraucherschutz betrifft.“ Es sei zu hoffen, dass es beim Nichtraucherschutz in Österreich doch noch zu einem Umdenken komme. Vor allem Frauen erkranken zunehmend häufiger an Lungenkarzinomen. Die Daten der Statistik Austria belegen: 1990 wurden in Österreich 3.471 Lungenkrebs-Neuerkrankungen registriert (2.598 bei Männern,

873 bei Frauen). 2009 waren es bereits 4.360 dieser zumeist tödlich verlaufenden Erkrankungen (2.829 männliche Patienten, 1.531 Frauen). Im Jahr 2020 werden in Österreich laut den Berechnungen der Gesundheitsstatistiker 5.224 Österreicher an einem Lungenkarzinom erkranken (2.948 Männer und 2.277 Frauen). Im Jahr 2030 wird es 6.166 Lungenkrebs-Neuerkrankungen geben: 2.958 bei Männern, die Frauen werden mit 3.208 Neuerkrankungen die Männer bereits überholt haben. -

Obwohl Lungenkarzinome eines der größten Probleme in der Medizin sind,

gibt es dennoch Fortschritte. „Es ist schon eine 'coole' Zeit für Pneumo-Onkologen“, sagt Hochmair. Ein Grund dafür: Mit modernen Immuntherapien steht seit wenigen Jahren eine zusätzliche Behandlungsform zur Verfügung, die die sonst extrem schlechten Überlebensraten bei Lungenkarzinompatienten verbessert. Die Fünf-Jahres-Überlebensraten bei Lungenkarzinomen betragen bisher nur rund 15 Prozent bei den Männern und etwa 20 Prozent bei den Frauen.

DerStandard, 22.10.2018

Impressum:

Medieninhaber und Verleger:

Österreichische Schutzgemeinschaft für Nichtraucher

Thomas-Riss-Weg 10, 6020 Innsbruck

Bundesleiter Robert Rockenbauer (RoRo)

Hersteller:

Wallig, Rossaugasse 1, 6020 Innsbruck

Mitgliedsbeitrag:

Mitgliedsbeitrag 25 Euro inkl. Zeitung.

Bankverbindung Tiroler Sparkasse:

IBAN: AT56 2050 3000 0007 5960

BIC: SPIHAT22XXX

Offenlegung:

Die **NichtRaucher-Zeitung** dient in erster Linie der Bewusstseinsstärkung und Aufklärung der Nichtraucher und wird **an Mitglieder kostenlos verteilt**.

Veröffentlichungen aus der **NichtRaucher-Zeitung** (NRZ) in anderen Medien sind unter Hinweis der Quelle und Zusendung ei-

nes Belegexemplares erwünscht!

Persönlich und telefonisch erreichbar:

Beratungszentrum, Haller Str. 3

6020 Innsbruck

Montag - Freitag

10 - 12.30 Uhr, 15 - 18.15 Uhr

Telefon 0664 / 9302 958, Fax 0512/268025

www.alpha2000.at/nichtraucher
nichtraucherschutz@aon.at